

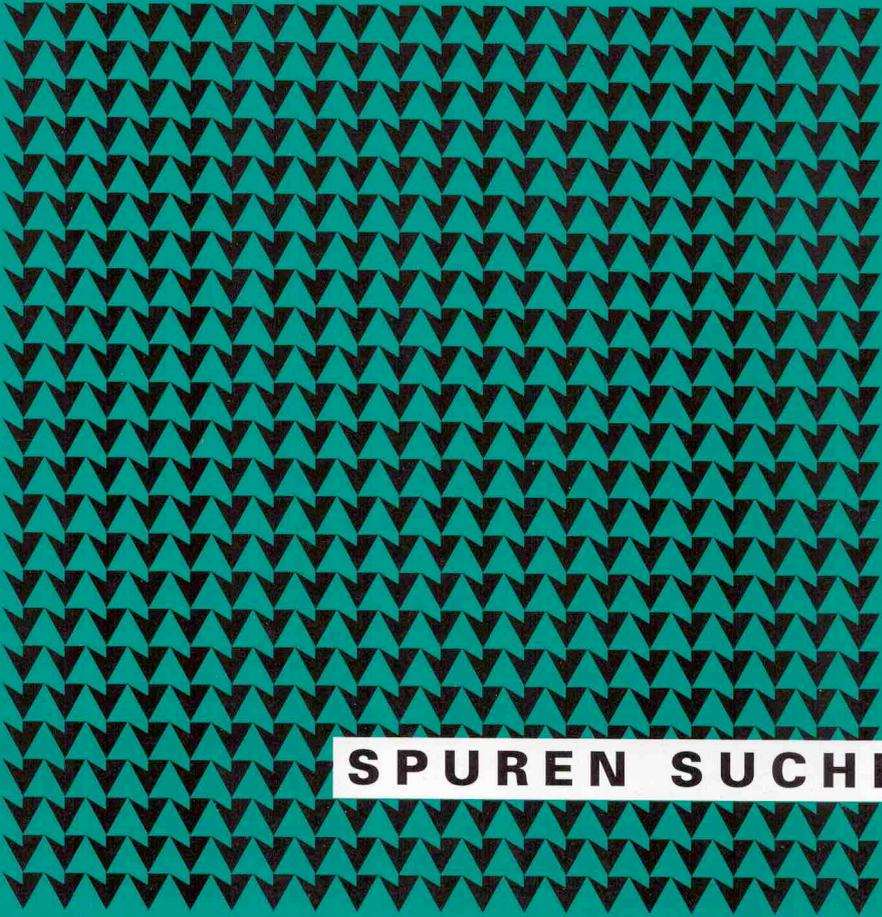
Salzburger
Gespräche

VHS-Image

Fernsehpreis

Erwachsenenbildung
in Spanien

NR. 168 JUNI 1993



SPUREN SUCHE

DIE ÖSTERREICHISCHE VOLKSHOCHSCHULE
(ÖVH) Organ des Verbandes
Österreichischer Volkshochschulen

Juni 1993, Heft 168/44. Jg.

Redaktion

Dr. Wilhelm Filla, Dr. Anneliese Heilinger
Telefon 26 42 26

Redaktionsausschuß

Mag. Kurt Aufderklamm (Innsbruck)
Dr. Erich Leichtenmüller (Linz)
Dr. Margarete Wallmann (Eisenstadt)

Redaktionssekretariat

Christine Bayirli

**Für den Inhalt
verantwortlich:**

Dr. Wilhelm Filla
alle A-1020 Wien, Weintraubengasse 13
Layout: Gisela Scheubmayr
Hersteller: Druckerei G. Grasl, A-2500 Baden

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich,
fallweise als Doppelnummer.

Bezugsgebühren:
im Abonnement jährlich S 100,- (DM/sfr. 14,-)
Einzelhefte S 30,- (DM/sfr. 4,-)
Zahlungen auf das Konto Nr. 0947-31007/00
Creditanstalt-Bankverein Rudolfsplatz

Für unverlangte Rezensionenstücke und Beiträge
übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die
Meinung der AutorInnen wieder und müssen sich
nicht mit der der Redaktion decken.

Gefördert
durch das
Bundesministerium
für Unterricht und Kunst



I N H A L T

WILLI FILLA
Stichworte 1

WILHELM FILLA
Image der Volkshochschule 2

ROBERT STREIBEL
Die multikulturelle Gesellschaft als Herausforderung
35. „Salzburger Gespräche“ 6

RUDDOLF EGGER
„Biographizität“ 32

AUS UNSERER ARBEIT

SILVIA PROHINIG, VERA ALBERT, ERHARD CHOJKA
Spuren suchen 40

HEDWIG ULBRICHT
VÖV-Statistik-Berichte (XXX) 44

Volksbildungspreis für Satire 46

ROBERT STREIBEL
Neue Werbelinie der Wiener Volkshochschulen 49

INTERNATIONALES

TOMAS DIAZ GONZALEZ
Erwachsenenbildung in Spanien 50

PERSONALIA 53

INFORMATIONEN 55

MEINUNG AKTUELL 57

BÜCHER 58

BÜCHER IM BILD 67

Für dieses Heft geschrieben 67

LESERBRIEF 68

▼ „SALZBURGER GESPRÄCHE“

gedrückt bedeutet dies, konkrete Erfahrungen mit der Volkshochschule und eine Beschäftigung mit ihr gehen mit besseren Image-Werten Hand in Hand. Dabei handelt es sich um ein nicht selbstverständliches Phänomen.

Allein bei der Modernität bewerten die Befragten insgesamt die Volkshochschule mit 19 Prozent etwas besser als die bisherigen KursbesucherInnen. Bei Wissenschaftlichkeit ist diese – negative – Diskrepanz jedoch erheblich ausgeprägt. 43 Prozent der Befragten beurteilen die Volkshochschule als „wissenschaftlich“, während dies nur 31 Prozent der bisherigen BesucherInnen und auch nur 37 Prozent der künftigen BesucherInnen tun. Bei „anspruchsvoll“ gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Befragten insgesamt und den bisherigen und künftigen KursbesucherInnen.

Bei allen anderen Image-Dimensionen kommt dagegen die Volkshochschule bei ihren bisherigen und ihren künftigen KursbesucherInnen deutlich besser weg als bei den Befragten insgesamt. Allerdings führt der tatsächliche Kursbesuch im Vergleich zu jenen, die sich mit der Absicht tragen, einen Kurs zu besuchen, zu einem leichten Image-Verlust. ▼

Anmerkung:

¹ Stichwort Image in Günther Endruweit, Gisela Trommsdorff (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie. Bd. 2, Stuttgart 1989, S. 183.

Im nächsten Heft: *Image-Differenzierung nach sozialen Gruppen.*

ROBERT STREIBEL

DIE MULTIKULTURELLE GESELLSCHAFT ALS HERAUSFORDERUNG

35. internationale Salzburger Gespräche für Leiter in der Erwachsenenbildung

▼ Der Verband Österreichischer Volkshochschulen (VÖV) hat 1992 zum 35. Mal die „Salzburger Gespräche für Leiter in der Erwachsenenbildung“ organisiert. Sie fanden wie bisher, aber zum letzten Mal, im Bildungszentrum des VÖV, Haus Rif, vom 26. Juli bis 1. August statt.

Durch die Flüchtlingsströme, die Wanderungsbewegungen und die Xenophobie war es mehr als naheliegend, als Generalthema für diese

„Salzburger Gespräche“ die Herausforderungen, die sich durch die multikulturelle Gesellschaft ergeben, zu wählen. Eine Bestätigung für die Wahl dieses Themas lieferte das rege Interesse, denn immerhin waren 62 Teilnehmer/innen aus elf europäischen und außereuropäischen Ländern nach Salzburg gekommen. Die Leitung hatten – wie in den letzten Jahren – Dr. **Ursula Knittler-Lux**, Dr. **Erich Leichtenmüller** und Dr. **Ewald Presker** über.



Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer.

Für das Einleitungsreferat konnte der Präsident des Nationalrates, Dr. **Heinz Fischer**, gewonnen werden. Da die multikulturelle Gesellschaft zu einem eminent politischen Thema geworden ist, sei es notwendig, sagte Fischer, einen Dialog mit Menschen, die in der Bildungsarbeit tätig sind, zu führen, der möglicherweise für beide Seiten nützlich sein könnte.

An den Beginn seiner Ausführungen stellte Fischer stellvertretend für das rauher werdende politische Klima eine markante Aussage eines Politikers gegen die multikulturelle Gesellschaft. „Die multikulturelle Gesellschaft ähnelt eher der Hölle als dem Paradies“, so die Worte des Chefs der Legia Nord, Umberto Bossi.

Die Diskussion über die Herausforderung des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts wird nach Fischer auf zwei Ebenen geführt, einer abstrakten kulturphilosophischen Ebene, die wichtige Orientierungen vorgebe, und auf einer realen, aktuellen Ebene. Antworten für aktuelle Politik könnten jedoch nur dann vernünftige Lösungen darstellen, wenn beide „Ebenen“ im Auge behalten würden. „In den Ländern, wo das Zu-

sammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nation und Religion zu Problemen auf dem Bildungs- und Wohnungssektor geführt hat, gibt es viele Menschen mit einer humanistischen Einstellung. Jeder, der nun auf die Probleme hinweist, wird sofort als Ausländerfeind betrachtet. Andererseits werden nicht wenige, die humanistisch eingestellt sind, als Phantasten hingestellt, deren Politik ins Chaos führen würde.“

Die Wahrheit liegt für Fischer nicht in der Mitte, sondern in der Betrachtung von beiden Seiten, wobei die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht aus den Augen verloren werden dürfe. Die Akzeptanz stelle eine Grenze dar, „die verschiebbar, veränderbar ist“, betont Fischer.

Die Menschheitsgeschichte biete eine Reihe von Beispielen für den Aufbau und Untergang von multikulturellen Gesellschaften: die römische Gesellschaft, die mittelalterliche Geschichte und die österreich-ungarische Monarchie sind nur einige Beispiele. Auch die amerikanische Gesellschaft ist als eine multikulturelle Gesellschaft zu betrachten, denn zwischen 1920 und

1980 sind an die 30 Millionen Menschen in die Vereinigten Staaten von Amerika eingewandert. „Durch die Mobilität des 20. Jahrhunderts ist eine andere Form des Zusammenlebens nicht mehr durchführbar“, umreißt Fischer die politische Realität.

Der kritische Punkt ist erreicht

Mit aktuellen Zahlen stellt Fischer den Bezug zur österreichischen Situation her: „In Österreich leben 540.000 Ausländer, das sind fast 7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Rund 380.000 stehen im Arbeitsprozeß. Weitere 60.000 bis 100.000 Ausländer leben illegal im Land. Wir merken, daß der Punkt erreicht ist, an dem Diskussionen beginnen, die leicht für politische Agitation verwendet werden können.

„Wenn dieser kritische Punkt in Österreich konstatiert wird, muß gleichzeitig grundsätzlich Position bezogen werden. Migration bedeutet das Aufeinanderwirken verschiedener Kulturen. Neuartiges trifft aufeinander. Unterschiedliche Traditionen sind zur Koexistenz, zum Nebeneinander gezwungen.“ Auf die Beispiele aus der Menschheitsgeschichte zurückkommend, erinnert Fischer daran, daß die Griechen, was das Zusammenleben mit Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen betreffe, kein Vorbild sein könnten, denn für die Griechen waren die Ausländer „Barbaroi“, im Laufe der Geschichte wurde diese Bezeichnung dann zu Barbaren verallgemeinert.

Bei Immanuel Kant hingegen könnten Anleihen genommen werden, denn Kant habe die Probleme angesprochen und zu systematisieren begonnen. Verallgemeinernd kann als seine Schlußfolgerung die Feststellung gelten, daß ohne Bereitschaft zum Kennenlernen viele Entdeckungen nicht gemacht worden wären.

Für die Migration unseres Jahrhunderts sind jedoch keine Studienwünsche, sondern soziale Zwangslagen ausschlaggebend. Zu einem Problem werden diese Migrationsströme erst dann, wenn sie einen quantitativen Charakter bekom-

men. „Der High-Tech-geschulte Japaner, die am Mozarteum ausgebildete Sängerin werden nicht als Problem wahrgenommen.“ Wohlstand und Prosperität sind nicht der Schlüssel für alle Probleme, aber eine Voraussetzung. Gleichzeitig müsse jedoch festgestellt werden, so Fischer, daß der hohe Lebensstandard nicht gleichbedeutend mit mehr Toleranz sei, denn die Befürchtungen, etwas zu verlieren, etwas abgeben zu müssen, spitzen das Problem nur weiter zu.

Die weiteren Schritte der europäischen Integration bedingen eine Mobilität der Menschen, und der Kontakt mit fremden Sprachen und Kulturen wird zunehmen.

In Österreich sind zwischen 1945 und 1992 2,1 Millionen Menschen aufgenommen worden – 700.000 davon blieben im Land. Im gleichen Zeitraum kamen 1,65 Millionen Menschen als Arbeitskräfte, von denen 1,2 Millionen Österreich als ihre neue Heimat wählten. Andererseits gingen 500.000 Österreicher/innen ins Ausland. Diese Zahlen haben in den letzten Monaten praktische Bedeutung gewonnen. „Die jüngste Vergangenheit zwingt uns, uns damit auseinanderzusetzen und es genügt nicht, Lösungen zu finden, die moralisch richtig, aber bei Menschen nicht durchgesetzt werden können“, postuliert Fischer ein Axiom der österreichischen Politik.

Pessimismus ist nicht am Platz

Angesichts dieser Gefahr, daß die Bürger ihre Umgebung nicht mehr als „ihre Welt“ erkennen, müßten sich Politiker – so Fischer – die Fähigkeit bewahren, eine Politik zu machen, die es erlaube, andere Menschen aufzunehmen, gleichzeitig jedoch die Wanderungen so in Grenzen zu halten, daß die Gegner nicht zu nationalistischen Positionen getrieben werden. Diese realistische Politik sei eine Notwendigkeit, damit „wir“ nicht von nationalistischen Strömungen hinweggeschwemmt werden würden.

Abschließend will Fischer keinem Pessimismus huldigen: „Das Problem ist weitgehend nicht

gelöst – aber nicht unlösbar. Man kann sich nur auf dem Weg zur richtigen Lösung befinden. Diskussionen wie jene bei den „Salzburger Gesprächen“ können mithelfen. „Wegmarken für diese Lösung aufzuzeigen“, schließt Fischer seinen Vortrag.

Historische Vergleiche und ihre Grenzen

Kurt Meissner (Deutschland) erinnerte in einem Diskussionsbeitrag zum Referat Fischers daran, daß geschichtliche Vergleiche zwar interessant seien, aber nicht immer die Vergleichbarkeit gegeben sei. Das Römische Reich habe zwar verschiedene Nationalitäten unter einem Dach versammelt, doch handelte es sich dabei um das Ergebnis von kriegerischen Eroberungen. Nicht viel anders verhalte es sich mit den mittelalterlichen Reichen. Amerika hingegen sei anders zu sehen, doch dort sei das entscheidende Integrationsproblem der Schwarzen noch immer nicht gelöst. Durch die extreme soziale Vernachlässigung bestehe heute die „Chance“, daß die Verelendungstheorie von Karl Marx in Amerika Realität wird. Amerika sei aber auch ein Beispiel, wie Integration glücken könne, wenn zum Beispiel das Leben im „spezifischen Kiez, um es berlinerisch zu sagen, betrachtet wird“. Die Bedeutung der Religion in dieser Auseinandersetzung will Meissner angesichts der fundamentalistischen Strömungen höher veranschlagt wissen, als dies im Referat zum Ausdruck gekommen sei. (In seinem Diskussionsbeitrag pflichtet Fischer dieser Einschätzung bei: „Die wahre Grenze in Europa ist die ehemalige Grenze zwischen ost- und weströmischem Reich.“)

Die Reaktionen auf das Referat von Heinz Fischer waren sehr unterschiedlich. Während **Emil Rado** (Großbritannien) sich sehr erfreut zeigte, daß es in Österreich Politiker gebe, die mithelfen, Lösungen zu finden („Wenn bei uns Politiker sprechen, dann spitzen sie die Gegenstände zu, diese Rede hat sich wohlthuend von dieser Praxis unterschieden.“), kritisierte **Ella**

Lutchmayer (Großbritannien) die Tatsache, daß von Ausländern immer nur als Problem die Rede sei: „Am Vormittag habe ich mehr als 25 Mal das Wort Problem gezählt, ich bin eine Immigrantin und ich sehe mich nicht als Problem. Warum reden wir über Fremde immer nur in Form von Problemen? Die Menschen sollten die Wahl haben, für welche Kultur sie sich entscheiden wollen.“

Gerechtigkeit statt Gleichheit

Hans Furrer (Schweiz) griff in seinem Beitrag die von Fischer angeschnittene soziale Komponente des Migrationsproblems auf: „Ein Universitätsprofessor ist durch Zuwanderer zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt nicht so bedroht wie ein kleiner Angestellter. Die Einwanderer, die jetzt kommen, haben eine andere Hautfarbe, eine andere Kultur, daher eskalieren die Probleme, denn wir haben bereits jetzt mit den hier lebenden Gruppen Probleme.“

Als Postulat für die aktuelle Diskussion wollte Furrer nicht „Gleichheit“, sondern „Gerechtigkeit“ verwirklicht wissen. „Das Recht auf Verschiedenheit muß bestehen bleiben. So wie die Minderheiten müssen auch die Länder der Dritten Welt das Recht auf verschiedene Entwicklungswege haben.“

Dieses Recht auf Verschiedenheit sah Fischer in seiner Antwort auf Furrers Beitrag durch die Entwicklung der letzten Jahre aktualisiert. Die Forderung nach dem Recht auf Verschiedenheit hänge mit der forcierten Entwicklung der europäischen Integration zusammen. „Die Zeit der großen Europäer waren die fünfziger Jahre. In der Folge blieb die Entwicklung bei einem Europa der Sechs und der Neun stecken. Die übermächtige Konkurrenz durch die Vereinigten Staaten und Japan und das europäische Minderwertigkeitsgefühl haben dann in einem Ruck einen Prozeß der Einigung eingeleitet. Dadurch ist ein Sog entstanden. Dies blieb nicht widerspruchlos. Regionalismus, das Recht auf Verschiedenheit wurde wichtiger. Dies ist zum Teil auch ein Generationsproblem. Fritz Robak, ein



Plenum.

Vertreter der Kroaten in Österreich, war ein Verfechter der Integration. Die nächste Generation ist jedoch auf Gegenkurs. Die jüngere Generation will sich nicht assimilieren, die neue Generation geht an die Probleme anders heran. Ich habe Sympathie für diesen Regionalismus.“

„Gesamtstaatlichkeit in den Genen?“

Konkret auf die österreichische Situation ging **Robert Streibel** (Österreich) ein. „Man kann zur Kirche unterschiedliche Positionen haben, aber in der laufenden Flüchtlingsdebatte können alle fortschrittlich denkenden Menschen nur froh sein, daß es die Caritas gibt. Wenn wir eine Rede des Caritas-Präsidenten hören, dann drängt sich die Frage auf, ob hier das Erbe des Begriffs der Solidarität, der in der Sozialdemokratie lange Tradition hatte, jetzt nur mehr von dieser kirchlichen Organisation verwaltet wird.“ In der Diskussion schnitt Fischer die rasante Entwicklung von nationalistischen Strömungen an.

„Ich war mehrmals in Jugoslawien in den siebziger Jahren und habe nicht den Eindruck gewonnen, daß es dort Probleme gibt. In atemberaubender Geschwindigkeit war es wenige Jahre später plötzlich das Wichtigste, ob jemand Slowene oder Serbe ist.“

Vor einem Jahr hat Dubcek bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele gemeint: Die Gesamtstaatlichkeit von Slowaken und Tschechen liegt in den Genen. Nach einem Jahr ist von diesen Genen nichts mehr übrig. Zusammenfassend muß ich den Eindruck gewinnen, daß wir blind waren für das, was passiert.“

Zur Frage der verlorenen Solidarität der Sozialdemokratie räumte Fischer ein, daß es – so sehr er die Position teile – nicht möglich sei, gegen den Strom zu schwimmen, um erst dann, wenn man weggeschwemmt wird, zu versuchen, Halt zu finden. Fischer erinnert an das Wort von Viktor Adler, das er zwar nicht für richtig halte, bei dem aber „ein kleines Bröserl Wahrheit“ zu finden sei: Lieber mit den Massen irren, als gegen die Massen recht behalten.

„Man kann in das größte Unheil hineinschlittern. Wenn der Faden abgerissen ist, wenn die Rattenfänger erfolgreich waren, dann ist es doppelt und dreifach schwer. Mit der Politik der hehren Grundsätze bekämen wir gute Zensuren. Was aber passiert dann? Werden gewisse Politiker nicht Dankschreiben schicken, daß wir ihnen die Leute zutreiben, daß sie nur das Schürzerl aufhalten müssen, um die Wähler aufzufangen. Ich habe Verständnis für Befürworter der multikulturellen Gesellschaft, und es darf auch keine Rücksichtnahme auf schrille Stimmen genommen werden, die ein generelles STOP verlangen. Eines ist klar: 1997 können wir dann nicht mehr die Geschichte zurückschrauben. Die, die das nicht mehr mittragen wollen, haben wir verloren. Ein Manuskript kann ich neu schreiben, wegwerfen, aber die Geschichte kann ich nicht neu schreiben. Die Grundsätze sind klar, aber der Faden des Responses, des Verstandenwerdens, der darf nicht verlorengehen, denn manchmal ist die Strömung so stark, daß das Seil reißt.“

Für **Jörg Wollenberg** (Deutschland), der sich an Adolf Braun hält („Ich bin gegen die Mehrheit, aber kann mich nicht für die Minderheit entscheiden.“), ist der neue Nationalismus ein Produkt der Armut, nicht des Stolzes, „denn die Russen sind in Polen so unerwünscht wie ein Pole bei uns“.

Volkshochschule in der Funktion eines Anwalts

Für **Josef Foschepoth** (Deutschland) muß ein Politiker Krisenmanagement betreiben und brauche daher kurzfristige Erfolge. Der Pädagoge sei hingegen in einer anderen Situation: Er müsse sich zum Anwalt von Individuen machen, wenn diese benachteiligt sind. Die Arbeit in der Volkshochschule ist die Arbeit von Anwälten. „Menschen kommen zu mir und ich möchte sie fördern, ihnen die Mittel zur Emanzipation geben: Sprache, Kulturtechniken. An diesem Punkt kommen Politik und Bildung in Konflikt, denn Bildung muß sich zum Anwalt der Menschen auch gegen

die Politik machen. Bildung soll Identitätsfindung ermöglichen und nicht vorschreiben, wie diese Identität auszusehen hat.“ Die Hinwendung zum Nationalismus in ehemaligen kommunistischen Ländern sieht Foschepoth als eine Rückbesinnung. „Das ist das einzige, das für diese Menschen identitätsstiftend ist. Zu hoffen bleibt nur, daß dies nicht zu einer Bedrohung für den Frieden in Europa wird.“

Abschließend merkte Fischer an, daß er nicht auf alle Fragen Antworten wisse. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen sei zu bejahen und die Probleme, „ich bitte um Verzeihung für dieses Wort“, können nicht in Luft aufgelöst werden. Als Antwort in Richtung von **Chava Tidar** (Israel), die für die Gesellschaften die Wahl zwischen Salatschüssel oder Schmelztiegel sieht, ließ Fischer keinen Zweifel offen: „Wo wir es beeinflussen können, dort gebe ich der Salatschüssel gegenüber dem Schmelztiegel den Vorzug!“

Was tun?

Die Frage nach dem „Was tun?“ versucht Fischer mit drei konkreten Handlungsanweisungen zu beantworten: „Erstens muß der Rechtspopulismus ohne Geifer in seiner Nacktheit und Brutalität dargestellt und analysiert werden. Zweitens dürfen Politiker das Problem nicht zu groß werden lassen, um noch an konkreten Lösungen arbeiten zu können. Das erfordert eine europäische Arbeitsteilung. Für Europa ist das Problem nicht zu groß. Das politische ‚Florianiprinzip‘ darf nicht gelten. Drittens tun Aufklärung und Bildung not.“

Ethnische Probleme der Tschechoslowakei

In einem Referat setzte sich **Jan Fritz** mit den ethnischen Problemen in der Tschechoslowakei auseinander. „Die Tschechoslowakei ist ein Land im Herzen Europas und liegt an einem Kreuzweg von Kulturen und Religionen. Christen

▼ „SALZBURGER GESPRÄCHE“

und Juden lebten hier zusammen – nicht immer ohne Konflikte. Die Tschechoslowakei ist aber auch das Land der Hussitischen Bewegung und das Land, das unter dem Münchner Diktat zu leiden hatte.“ Nach dem Ersten Weltkrieg entstand die ČSR mit 15 Millionen Einwohnern; 7 Millionen Tschechen, 3 Millionen Slowaken, daneben gab es noch andere kleinere Minderheiten. Diese ethnische Vielfalt brachte – so Fritz – zahlreiche Schwierigkeiten, wenngleich in der Verfassung von 1920 von einer Selbstverwaltung die Rede war. Erst der Übergang vom totalitären Regime im Zuge des Falls der „Berliner Mauer“ hat zu einer Zunahme der Gegensätze geführt. Wie sollten Tschechen und Slowaken zusammenleben? Wie schnell sollten Reformen durchgeführt werden? Die meisten Slowaken waren überzeugt, daß die Reform modifiziert werden mußte. Nach den Parlamentswahlen im Juni 1992 drohte ein gänzlicher Zerfall. Die Umwandlung des Staates, die von slowakischen Führern gefordert wurde, wollten die tschechischen Politiker nicht akzeptieren. Die Teilung ist für beide Seiten schwierig.

Die Kulturgeschichte der beiden Nationen entwickelte sich getrennt, aber beide Völker schöpften aus dem Reichtum des anderen, und nicht nur beide Sprachen sind sich sehr ähnlich.

Die Situation der Roma und Sinti

Große Probleme gibt es in der Beziehung zwischen den Roma und der übrigen Bevölkerung. Die Roma leben im gesamten Land verstreut, in Prag sind es 120.000, in der Slowakei sind 500.000 Roma beheimatet. Die sozialen Verhältnisse sind für diese Minderheit sehr schwierig. Dazu kommt noch die schlechte Lage der Zuwanderer aus Rußland, dem Nahen Osten und dem Balkan, die keine Unterkunft und Arbeit haben. Gastarbeiter, vor allem Vietnamesen, Kubaner, Polen, die bisher nicht so im Mittelpunkt standen, rücken in dieser Phase der Entwicklung plötzlich in den Mittelpunkt des politischen Interesses.

Die Erwachsenenbildung stehe – so meint Fritz – vor großen Aufgaben, denn ein harmonisches Zusammenleben müsse gefördert werden. Um dies verwirklichen zu können, stehen unzureichende finanzielle Mittel zur Verfügung, die bei weitem nicht den Bedürfnissen entsprechen. Für die Umsiedler werden Beratungsstellen errichtet, für die Kinder sind Bildungsprogramme vorgesehen. Diesem Bemühen steht aber die Tatsache entgegen, daß es so gut wie keinerlei Erfahrungen von Organisationen mit Flüchtlingen und Asylbewerbern gibt. Die Zahl der Flüchtlinge wächst ständig, und für die Erwachsenenbildung ist die Schulung von Erwachsenenbildnern eine große Aufgabe, da großer Mangel an Lehrern herrscht. Deutsche, österreichische und französische Volkshochschulen sind in dieser Situation eingesprungen und haben uns ihre Hilfe angeboten.

Die Trennung und ihre Folgen

Die Frage der Trennung zwischen Tschechen und Slowaken und einer möglichen Eskalation beschäftigt eine Reihe von Diskutanten, so zum Beispiel **Emmi Torggler** und **Wilhelm Filla** (beide Österreich), der geklärt wissen wollte, ob es sich bei den Gegensätzen um ein reines Elitenproblem handle oder ob die Trennung auch vom Volk mitgetragen werde. Fritz wies darauf hin, daß die Situation in seinem Land nicht mit Jugoslawien zu vergleichen sei: „Es gab keine Gegensätze zwischen den Völkern, es existieren keine Enklaven von Völkern wie in Jugoslawien. Die Trennung ist eine Frage der staatsrechtlichen Organisation. Ökonomisch und wirtschaftlich werden wir eine Konföderation werden, vielleicht eine Union, bei der sich später die Partner wieder annähern werden.“

Die Frage nach den Nuancen bei der Verwirklichung der Marktwirtschaft bringt **Adolf Rottstock** (ČSFR) zur Sprache. Vaclav Klaus will die Marktwirtschaft, geht aber nicht auf den sozialen Aspekt ein. Meciar betont dagegen die soziale Verantwortung. Daß es keinerlei Verglei-

che mit der Situation in Jugoslawien gebe, will Rottstock nicht gelten lassen, denn Slowenen und Kroaten an der Universität in Prag hätten immer wieder darauf hingewiesen, daß in ihrer Heimat vor eineinhalb Jahren davon gesprochen wurde, daß es keine Gewalt geben werde. Das Wort: Wir haben nicht die Gene wie im Irak, habe schnell die Runde gemacht.

Die Situation der ungarischen Minderheit in der Slowakei nach der Trennung schnitt **Hans Furrer** an, wobei es nach **Jan Fritz** kein Problem der Staatsbürgerschaft geben werde, „die Slowaken in Böhmen und Mähren werden sich entscheiden, welche Staatsbürgerschaft sie annehmen wollen“. Die ausgebliebene Volksabstimmung führt Fritz auf das politische Kalkül slowakischer Politiker zurück, die wußten, daß nur 38 Prozent der Bevölkerung eine Trennung wollten.

Minderheiten in England

Emil Rado (Großbritannien) skizzierte in seinem Referat die Situation der Minderheiten in England. Eine kleine Gruppe von Schwarzen lebt seit langem in England, diese Gruppe ist in den Jahren zwischen 1961 bis 1971 ins Land gekommen. Insgesamt leben zur Zeit 2,5 Millionen Schwarze, das sind rund vier Prozent der Bevölkerung, in England. Zwei Drittel der Schwarzen



Pál Soós aus Ungarn (r.) im Gespräch mit Emil Rado (Großbritannien).

sind bereits im Land geboren. Trotzdem muß noch immer von einer systematischen Diskriminierung gesprochen werden. Ein Beispiel dafür sei die Wohnungsfrage und die Gesundheitsversorgung, so gebe es in Spitälern noch immer keine Dolmetscher.

John Morgan (Großbritannien) betont die Vielfalt der Minderheiten und erinnert daran, daß im Land seit Jahrzehnten ein unerklärter Krieg in Irland geführt werde. „Englisch war meine erste Fremdsprache, die ich lernte. Es handelt sich eben um ein Disunited Kingdom.“

Den Begriff der Ausländer will **Monika Oels** (Deutschland) thematisiert wissen. „Welche Gruppen haben die Staatsbürgerschaft in der ČSFR bekommen?“ Die Frage der Staatsbürgerschaft und eine liberale Handhabung bringt sie in direkten Zusammenhang mit einer geglückten Integration: „In Portugal war man in dieser Hinsicht sehr großzügig mit der Staatsbürgerschaft und ist daher mit sehr viel weniger Problemen konfrontiert als in anderen Ländern.“

Auf die „Sau“ gekommen

Jörg Wollenberg (Deutschland) meldete in seinem Referat einen bescheidenen Protest gegen das Thema an. Seiner Meinung nach reichen Integration und Assimilation nicht aus, um diesem Aspekt gerecht zu werden, denn es fehle der Begriff der Autonomie. „Dieser Begriff muß wieder eingeführt werden, angesichts des neuen Rassismus. Im Jahr 1942 war ich auf Besuch bei meinem Onkel in Berlin, er war ein berühmter Kinderarzt, ein jüdischer Intellektueller, der mit den Sozialisten sympathisierte. 1933 stand an seinem Haus ‚Rote Sau‘, dann ‚Jüdische Sau‘, 1948 vielleicht ‚Zonen-Sau‘, und heute können wir vielleicht die Aufschrift ‚Stasi-Sau‘ finden. Welche Aufgaben kommen angesichts so einer gesellschaftlichen Situation auf die Erwachsenenbildung zu?“

In den ehemaligen DDR-Ländern leben tatsächlich ein Prozent Ausländer. Eine Umfrage brachte die Meinung zutage, daß dort zehn Prozent le-

▼ „SALZBURGER GESPRÄCHE“

ben würden. „Ein Prozent hat aber ausgereicht, um Hoyerswerda möglich zu machen.“ Die Beschwichtiger haben – so Wollenberg – in Deutschland Hochsaison. „Wie sieht das bei uns nun aus? Ausländer machen die Drecksarbeit, sichern die Renten und bereichern die Kultur. Die gutgemeinten Argumente verstärken den Fremdenhaß. Niemand hat etwas dagegen, wenn Ausländer für Bochum und Frankfurt Tore schießen. Daran hat sich nichts geändert: als Schalke 04 im Jahr 1942 Rapid Wien schlug, war in beiden Mannschaften eigentlich nur ein Deutscher zu finden.“

Der neue deutsche Rassismus tobe sich an Ausländerwohnungen aus. „Das ist kein speziell deutscher Atavismus, das kann vielleicht zivilisiert werden. Die Mauern beginnen aber im Kopf. Das ist ein gesamteuropäisches Phänomen: die Wohlstandsfestung Europa. Das Europa der Reichen verteidigt seine Position. Das ist das ‚Grandpalais Europa‘.“

Der neue Antisemitismus, Ethnozentrismus und die Abneigung gegen jede Art von Minderheit sei – so Wollenberg – historisch bedenklich. „Das entspringt aus Phantasien von Verunreinigungsmythen. Das ist die Grundlage von Abgrenzung, die letztlich mehrheitsfähig ist.“

Diese neue Mauer, die zu einer Lateinamerikanisierung Osteuropas geführt hat, verunsichert traditionelle politische Gruppierungen wie die Linke, die zusehen müsse, daß der Krieg wieder führbar werde, notfalls mit Blauhelmen. Krause Ideen würden in dieser Situation gehandelt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, müsse man ein neues Hiroshima zulassen, hieß es da zum Beispiel. Andererseits werde ohne weiteres ein Werbespot der Republikaner mit der Melodie „Spiel mir das Lied vom Tod“ unterlegt. Zu dieser vordergründigen Emotionalisierung komme jedoch, daß die Republikaner, die Rechtspopulisten, die Ausländerfrage mit realen Problemen verknüpfen. Die Vorurteile sind dabei austauschbar.

Die Liste der Versäumnisse in Deutschland ist für Wollenberg lang. Wie sieht es mit dem mut-

tersprachlichen Unterricht aus? Ein radikaler Abbau der Finanzmittel in den Kommunen ist die Realität; und auch die Volkshochschul-Leiter/innen müßten sich fragen, ob alles getan worden sei? „Setzen wir die besten Mitarbeiter/innen ein? Wo finden unsere Kurse statt und in welchen Räumen?“

Dieser Herausforderung könne nur mit einer neuen Bildungsoffensive begegnet werden. Die Volkshochschulen müssen darin ein Frühwarnsystem sein und die Multikulturalität durch Bildung und Kultur absichern.

Juden sind keine Ausländer

In der Diskussion will **Wilhelm Filla** die Frage der Fremdenfeindlichkeit nicht von ökonomischen Problemen getrennt wissen. Probleme würden immer dann auftauchen, wenn es darum gehe, Armut abzuwehren. Bezeichnend sei bereits der Begriff der „armen Teufel“, der oft harmlos gemeint sei. „Doch was aus dem Mund herauskommt, ist im Kopf drinnen: die Armen werden als Teufel bezeichnet, und die Teufel wehren wir ab.“

Schwierigkeiten habe er außerdem dann, wenn Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in einem Atemzug genannt würden. „Juden sind Österreicher. Sie sind keine Fremden. Oder ich bin auch ein Fremder, denn ich bin Atheist. Wenn Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit gleichgesetzt wird, so führt dies zu einer Verharmlosung des Antisemitismus, der diesem Phänomen nicht gerecht wird.“

Am Beispiel Jörg Wollenbergs mit den verschiedenen Graffiti auf dem Haus seines Onkels knüpfte **Joachim Meisner** (Polen) an: „Warum brauchen Menschen in verschiedenen Ländern immer wieder eine Sau?“

Einen blinden Fleck in der Wahrnehmung von Wollenberg ortet **Monika Oels** in bezug auf die „Ostdeutschen“.

„Was hatten denn die Deutschen in beiden Staaten gemeinsam? Die Kinder haben unterschiedliche Bücher gelesen, Unterschiedliches



Monika Oels (BRD) und Joachim Meisner (Polen).

gelernt. Ich habe die Kollegen in Ostberlin gefragt, was ihr Lieblingsbuch gewesen sei. Aitmatow wurde genannt, doch dieser könne nun nicht mehr in der U-Bahn gelesen werden, da sie sonst als „rote Socke“ angemacht werden würden. In dieser Situation muß die Erwachsenenbildung Brücken bauen.“

Die „Beitrittsgebiete“ – erinnerte Oels – würden als Problem gesehen werden. Die Weiterbildungsmaßnahmen werden nur durch ökonomische Überlegungen bestimmt. Jetzt müsse von einer Weiterbildungskriminalität gesprochen werden: „Bildungsziele werden vorgegaukelt, die nie erreicht werden können. In den neuen Instituten werden alte Westkonserven verwendet.“

Die Schweiz wollte **Urs Hochstrasser** (Schweiz) nicht als Beispiel für ein Zusammenleben von Menschen mit einer unterschiedlichen Kultur genannt wissen. Da selbst dort das Problem der multikulturellen Gesellschaft nur teilweise gelöst sei.

Das Recht der Verschiedenartigkeit könne nicht verwirklicht werden, da das zuviel kosten würde und einen Zerfallsprozeß des Landes einleiten würde. „Eine zu große Vielgestaltigkeit ist ein Problem. Der Konflikt besteht zwischen dem Recht auf Verschiedenartigkeit und einer notwendigen Assimilierung.“

Für **Josef Foschepoth** kann erst nach einer Diagnose eine „Therapie“ einsetzen. Aus dem Referat von Wollenberg könne er jedoch keine

Praxis entwickeln. „Historische Parallelen dürfen nicht den Blick verstellen. Vielmehr müssen wir uns die Frage stellen, ob wir jene Gruppen erreichen, die sich besonders durch Zuwanderung bedroht fühlen? Kommen wir an diese Leute heran, die ihren Unmut formulieren, kommen wir an die Ausländer heran, die die Verursacher des Unmutes sind? Wenn die Diagnose nicht stimmt, dann kann auch die Therapie nicht klappen und dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß Bildung folgenlos bleibt.“

Der Sieg der Revanchisten

In seinem abschließenden Statement bezeichnete Wollenberg die „kapitalistische Landnahme des Ostens“ als eine Farce. „Das Positive hätte bewahrt werden sollen.“ Die beerdigte DDR steht auf, und neue „Säue“ werden entstehen. In Deutschland werde immer gleichgesetzt und zu selten verglichen.

Der Historiker Nolte habe im Historikerstreit über die Einzigartigkeit des NS-Verbrechen zuerst verloren, aber nach der kapitalistischen Landnahme letztlich gewonnen. „Heute reden alle von der Stasi, aber keiner mehr vom Faschismus. Wenn Konflikte nicht bewältigt werden, stellen sie eine Zukunftsgefährdung dar, und wer nur das Bestehende verteidigt, der ist immer in der Defensive.“

Die Wiedervereinigung und die Folgen

In ihrer Wortmeldung über die aktuelle Situation in Deutschland sieht **Monika Oels** eine „ethische Schizophrenie“ vorherrschen, die „zu Hause“ nach Begriffen der Caritas urteile und in der Firma nur den Leistungsbegriff gelten lassen will. Diese Kluft gelte es zu überbrücken. Die Ungerechtigkeiten zum Beispiel auch im Bereich der Erwachsenenbildung seien – so Oels – evident, denn Kolleg/innen bekommen für dieselbe Arbeit nur 70 Prozent des Gehaltes, der im „Westen“ üblich sei.

▼ „SALZBURGER GESPRÄCHE“

Für einige Gruppen habe die Vereinigung schwierige Bedingungen geschaffen: „Alleinerziehende Mütter konnten in der DDR gut überleben, sie waren fast privilegiert. In diesem Bereich spielen sich jetzt Dramen ab.“ Die Aufzählung der benachteiligten Randgruppen reicht von Drogenabhängigen bis zu den Obdachlosen. Angesichts dieser Situation wäre ein „internationales Lernen“ notwendig, das man leider vermisst. „Würden in unseren östlichen Bundesländern lauter Indianer sitzen, dann wären wir sehr viel sensibler.“

Kurt Meissner erinnert daran, daß bisher immer von einer Nation und zwei Kulturen geredet worden sei. Von einer Nation könne nun nach der Wiedervereinigung keine Rede sein. „Es existieren zwei Nationen und zwei Kulturen.“ Nicht gesprochen werde, so Meissner, von der jungen Akademikergeneration im Westen und deren Verhältnis zur DDR. „Die DDR bot uns kulturelle Erlebnisse, Picasso konnten wir sehen, Brecht, Nolte und auch Barlach sind wir begegnet, ohne sie entartet zu finden.“ Die schnelle geistige Wende dürfe nicht dazu führen, daß Erwachsene veranlaßt werden, einen Teil ihres Lebens verwerfen zu müssen. „Man muß sie hinführen, auch dieses oft schuldbeladene Leben anzunehmen, heißt es in einem Buch von Wolfgang Schulenberg. Wir müssen die Menschen ermuntern, ihre Geschichte anzunehmen, es gibt unendlich viel aufzuarbeiten, nicht nur im Osten. Was haben wir alles nicht erreicht, was haben wir alles vergessen, was wir erreichen wollten.“

Berufliche Qualifikation in einer multikulturellen Gesellschaft

In seinem Referat beleuchtet **Kurt Meissner** die Beziehung zwischen Beruf und Erwachsenenbildung – im Gegensatz zu den USA. In Hamburg wurde schon 1787 die erste Berufsschule für Bauhandwerk eingerichtet, und 1920 wurde ein Gesetz beschlossen, daß ein Lehrverhältnis in einem Betrieb mit der Ergänzung durch den Besuch der Berufsschule vorseht.

Die Erwachsenenbildung war sehr zurückhaltend in ihrem Verhältnis zur Berufsbildung. In zwei weiteren Bereichen ist eine derartige Zurückhaltung zu bemerken: im Bereich der Politik und der Religion. Überspitzt ausgedrückt hat die Volkshochschule „das Eigentliche“ betrieben: „Zwischen Philosophie und Gymnastik, zwischen diesen Polen ist unser Angebot angesiedelt gewesen, in den zwanziger Jahren und auch nach 1945.“

Meissner weist darauf hin, daß es fast keine Theorie der Berufsbildung in der Erwachsenenbildung gibt, das heißt aber nicht, daß es gar keine Angebote gab. „Als ich begonnen habe, in den vierziger Jahren, gab es Kurse für Bilanzbuchhalter und Fremdsprachen. In diesen Jahren hat es eine berufliche Umschichtung gegeben. Angebote waren notwendig, um die Berufsfindung und Umschulung zu ermöglichen. Im Gesamtkonzept der Volkshochschulen spielte die Berufsbildung aber keine wesentliche Rolle.“

Im Jahr 1960 hat eine unabhängige Kommission einen Schulplan – eine Art Planungsentwurf ohne theoretische Begründung – veröffentlicht. Beruf und Erwachsenenbildung wurde in einem gewissen Spannungsfeld gesehen. Der Deutsche Volkshochschul-Verband hat 1961 das erste Mal das Problem der Berufsbildung, die Herannaher der Berufsbildung in das Bildungskonzept, im Sinne von Ergänzung und Weiterbildung, diskutiert. Dies war die „realistische Wende“. Bis dahin waren die Volkshochschulen eine Schule ohne Prüfung, und erst später wurde ein Zertifikatssystem eingeführt. „Heute ist es so, daß in Hamburg ein Englischkurs begonnen, in München fortgesetzt und in einer anderen Stadt die Prüfung abgelegt werden kann.“

Das Zertifikatssystem erlebte eine erste Blüte in den siebziger Jahren, als der Schwerpunkt auf der Lehrerunabhängigkeit der Bildung und der Leistungsfeststellung lag. Seit diesem Zeitpunkt ist Berufsbildung auch ein Teil der Volkshochschul-Arbeit, und der Begriff der Erwachsenenbildung wird durch den der Weiterbildung abgelöst.

Weiterbildungskriminalität im „Osten“

Die veränderte Arbeitsmarktsituation ließ die Volkshochschule zu einem Teil der Umschulungsmaßnahmen werden. In der ersten Kohl-Regierung wurde die Qualifizierungs-Kampagne in den Mittelpunkt gestellt. An diesem Konzept setzte die Kritik des Deutschen Volkshochschul-Verbandes an, da die Allgemeinbildung zu kurz kam. Heute werden – so Meissner – nur mehr Maßnahmen gefördert, die spezifisch berufsfördernd sind. Da die Privatisierung voranschreite und von der Müllabfuhr bis zur Bildung Geld investiert wird, „schießen private Anbieter ins Kraut. In Hamburg gibt es rund 300 von ihnen. Schutzmaßnahmen der Behörden, um den Wildwuchs zu steuern und den Konsumenten zu schützen, gibt es nicht. Im Schlafen Englisch lernen heißt es – wie soll das kontrolliert werden?“ In den neuen Bundesländern ist die Situation noch viel schlimmer. „Das ist kriminell – es schädigt den Menschen, der dort hingehet. Hier werden öffentliche Mittel ohne Kontrolle eingesetzt.“ Gerade für die neuen Bundesländer sieht Meissner die Notwendigkeit einer allgemeinen Erwachsenenbildung: „Das Fehlen von Allgemeinbildung läßt die Menschen noch anpassungsfähiger werden. Nicht Jobtraining – sondern Erweiterung von Kompetenzen, beruflich, politisch, humane und kulturelle Kompetenz müßten im Mittelpunkt stehen.“

Berufsbildung in den Volkshochschulen führe unweigerlich zur Frage, wie die „eingesessene Bevölkerung“ mit den ausländischen Arbeiter/innen umgeht. „Das ist nicht nur eine Frage der Chefetagen, sondern auch der Werkmeister. Für den Arbeiter im Betrieb soll der Arbeiter aus der Türkei nicht der „Bimbo“ sein. Dies war auch der Grund, warum zielgruppenspezifische Sprachkurse in Hamburg, zum Beispiel für Werkmeister, eingerichtet wurden.“

Bei den Angeboten sei aber auch das besondere Lebensverhalten der ausländischen Mitbürger/innen zu beachten, gibt Meissner zu bedenken:

„Sie können von türkischen Frauen nicht erwarten, daß sie zwei Stationen mit der U-Bahn fahren, um einen Deutschkurs zu besuchen. Wenn diese Frauen im Kurs sitzen sollen, dann müssen die Kurse im Wohnviertel angeboten werden. Wenn Frauen, die den Bildungsurlaub antreten wollen, am ersten Tag grün und blau geschlagen ankommen, so muß man diese Barrieren ansprechen, wie man sie abbauen kann, das weiß ich auch nicht.“

In der Diskussion widersprach **Josef Foschepoth** der Horrorvision, daß alle Sizilianer nach Deutschland kommen werden. „Nur um zwanzig Prozent mehr zu verdienen, verläßt man nicht seine Heimat.“ Für **Rudi Rohlmann** (Deutschland) weckt der Begriff der multikulturellen Gesellschaft unterschiedliche Interpretationen. Die Gefahr des Einebnen der Kulturen in Flachlandschaften à la MacDonalds und Jeans drohe. Eine Situation wie bei der Einführung einer neuen Währung, die dann keinen Wert mehr habe, könnte eintreten. „Die Kultur, in die ich in Westfalen hineingeboren wurde, hatte eine eigene Sprache. Früher empfand ich meine Kultur als Fessel, erst nachdem ich ins liberale Frankfurt kam, lernte ich meine Kultur schätzen. Heute wird die Sprache meiner Kindheit nicht mehr gesprochen. Die Einheimischen haben ihre Sprache verloren, das ist vielleicht in diesem Fall nicht so ein Problem, aber wie würde sich ein derartiges Vergessen international auswirken?“

Kurt Meissner griff das Wort von der Wanderungsbewegung als Horrorvision auf. „Die Wanderungsbewegungen werden vielleicht nicht sofort einsetzen, aber einen wesentlichen Unterschied wird es geben. Die Italiener, die nach Deutschland kommen, sind dann eben europäische Bürger in Deutschland, und die Formalitäten fallen weg. Als Horror kann ich das nicht empfinden.“

„Zigeunervolkshochschule“ in Ungarn

Erszébeth Alpárné-Szála (Ungarn) stellt in ihrem Referat die Situation der Roma und Sinti

▼ „SALZBURGER GESPRÄCHE“

in Ungarn und die Bildungsangebote für diese Minderheit dar. In der sozialen und ökonomischen Situation Ungarns wird die Lage der Minderheiten stärker akzentuiert, führt Erszébeth Alpárné-Szála aus. Eine wesentliche Frage dabei ist die ungelöste Frage der „Zigeuner“, deren Zahl in Ungarn zwischen 500.000 und 800.000 Personen geschätzt wird. „Die Roma und Sinti wurden immer in der Geschichte in eine marginale Position gedrängt. Sie bekamen immer die minderwertigen Arbeiten. Sie konnten nie aus der Welt des äußersten Elends ausbrechen, sie leben immer noch in den schlechtesten Stadtteilen. Die „Zigeuner“-Arbeitslosigkeit ist überproportional: 60 Prozent der ehemals verdienenden „Zigeuner“. In den östlichen Teilen sind fast 100 Prozent der „Zigeuner“ arbeitslos.

Der sekundäre Analphabetismus sei bei dieser Gruppe am höchsten. Die „Zigeuner“ sind Maler, Schriftsteller, Musiker, eine intellektuelle Elite fehle beziehungsweise versuche sich anzugleichen und zu assimilieren.

In Ungarn gibt es zur Zeit 37 „Zigeunerorganisationen“, die oft zueinander in Konkurrenz stehen. Dies sind die Rahmenbedingungen, unter denen eine „Zigeuner-Volkshochschule“ als regionale Volkshochschule gegründet wurde. Entstanden ist diese Volkshochschule aus der Arbeit einer Studentengruppe des Fachseminars; wobei sich die Planungen zwei Jahre hinstreckten.

Der Lehrplan umfaßt die Geschichte des „Zigeunertums“, aktuelle Fragen, Fragen der Kriminalität und die Geschichte der Sitten und Bräuche.



Gespräch am Rande.

Weiters werden Vorlesungen, theoretische und praktische Studien zu den Ernährungsgewohnheiten und der Geburtenplanung abgehalten.

Am Beginn nahmen 29 Männer und nur drei Frauen im Alter zwischen zwanzig und dreißig Jahren an den Kursen teil. Vier von ihnen hatten keine abgeschlossene Bildung, 21 hatten eine Schule absolviert und sieben waren Facharbeiter. Zwölf Teilnehmer/innen waren arbeitslos.

Im Vergleich zur Population ist festzustellen, daß das Niveau der Ausbildung bei den Teilnehmer/innen höher, und die Arbeitslosigkeit niedriger ist als im Vergleich zum Durchschnitt der ungarischen „Zigeuner“.

Ein Teil der in Westungarn lebenden Ungarn sind „Ungarn-Zigeuner“, die sich angepaßt haben und meist ungarisch sprechen. Die unstete Lebensweise erschwerte jedoch einen kontinuierlichen Besuch der Kurse, bei denen vor allem die soziale Komponente, das gesellige Zusammensein geschätzt wurde. Am gefragtesten waren Vorträge zur Geschichte der „Zigeuner“. Jene Vortragenden, die kooperativ waren und die auf die Geschichte der Teilnehmer/innen eingingen, waren am erfolgreichsten, da direkte Überzeugungsversuche abgelehnt wurden. Einige Teilnehmer/innen haben nach den Kursen selbst die Funktion von Erwachsenenbildner/innen übernommen, einige haben kleine Volkshochschulen in Dörfern gegründet, andere Kulturklubs. Als Schlußsatz ihres Vortrages lag Erszébeth Alpárné-Szála viel daran darauf hinzuweisen, daß der Kreislauf „Aggression erzeugt Aggression“ und „Furcht bedingt Furcht“ durchbrochen werden muß: „Nur Toleranz weist einen Ausweg.“

In der Diskussion erkundigt sich **Erich Leichtenmüller** (Österreich), ob die Anfangsschwierigkeiten überwunden seien und die Minderheit, die die Kurse besucht, größer werde? Eine Ausweitung sei, so Erszébeth Alparne-Szala, nur durch mehr finanzielle Mittel möglich. „Wir konnten einige finanzielle Mittel zusammenkratzen, ein Jahr kann man auskommen, wenn man geschickt ist“, war die nicht gerade optimistische Antwort.

Karl Heinz Rose (Deutschland) erinnert daran, daß die lange Nachbarschaft von magyarischer Kultur und „Zigeunern“ einzig auf dem Gebiet der Musik zu einer Kooperation geführt habe.

Vor diesem Hintergrund sei dieses Projekt ein erster Anfang. Die Frage nach den Gründen für die Probleme von Ungarn und „Zigeunern“ erläuterte Erszébeth Alpárné-Szála mit der Tatsache, daß die „Zigeuner“ immer ungeschult geblieben sind. „Sie haben ein anderes Temperament, die Sechsjährigen können nicht fünf Stunden sitzen bleiben. Die Schulung ist ein Hauptproblem, so bleiben sie am Gesellschaftsrand. An der pädagogischen Hochschule hatten wir in den letzten zwei Jahren nur zwei ‚Zigeuner‘, das ist eindeutig zuwenig.“

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage von **Petra Bass** (Deutschland) nach der Alphabetisierung, wobei durch die Mentalität ein kontinuierlicher Schulbesuch nicht möglich sei und daher Alphabetisierungskurse im Sinne Paulo Freires „Alphabetisierung als Bewußtseinsbildung“ eine Chance seien.

Eigene „Zigeunerschulen“ seien, so Alparne-Szála, nicht der richtige Weg, da die Roma und Sinti wieder getrennt erzogen würden, wo sie doch zusammen mit ungarischen Kindern aufwachsen sollten. „Die, die den Aufstieg geschafft haben, die gehen nicht mehr zurück in ihre Gemeinschaft, die Gemeinschaft hat auch kein Vertrauen mehr, denn sie leben bereits anders.“

Ella Lutzmayer bringt zur Bestätigung dieser These die Geschichte eines indischen Jungen, der in England geboren ist. Er erlebte die Engländer als Lehrer, als Polizisten und als Richter. „Er ist nach Indien auf Urlaub gefahren und hat dann viel leichter gelernt, er ist mit sehr viel mehr Selbstvertrauen zurückgekommen. Für ihn war es einfach ein Erlebnis, zu sehen, daß es auch indische Polizisten und indische Richter gibt. So denke ich, daß eine Minderheit auch Vorbilder braucht, die es aus ihrer Gruppe geschafft haben.“

Josef Foschepoth betont eine zweigleisige Vorgangsweise, wobei zuerst die Stärkung der kulturellen Identität einer Gruppe erreicht werden müsse, um den interkulturellen Austausch einzuleiten. Erwachsenenbildung muß also Hilfen geben für Menschen, die in Gefahr sind, ihre eigene Identität zu verlieren. Das bedingt natürlich Konflikte mit der Mehrheitsgesellschaft.

Die Referentin stimmt dieser Einschätzung vollinhaltlich zu: „Zuerst muß die Identität gestärkt werden, und dann kann man weitergehen. Wie wir unser Projekt weiterführen können, dafür bedarf es viel Fantasie. Aber hoffentlich kann ich in zwei Jahren melden, daß sich unser Vorhaben ausgeweitet hat.“

Minderheiten: „Sauerteig“ für die Gesellschaft

Der Bericht aus Ungarn bot auch die Gelegenheit eines Vergleiches mit der Situation der Roma und Sinti in anderen Ländern. In der Tschechoslowakei gebe es, so **Adolf Rottstock**, nicht die Probleme mit dem Schulbesuch. Die „Zigeuner“ besuchen die Schule, aber die Erfolge sind nicht besonders gut, so kommen die Mütter und wollen die Kinder in die Sonderschulen versetzen lassen, da sie dort bessere Noten bekommen. „Bei uns gibt es eine eigene Partei der Roma, die Kandidaten sind Ärzte, Intellektuelle. Bei uns gibt es diese Trennung von der Gemeinschaft nicht in diesem Ausmaß.“

Für die Schweiz bringt **Hans Furrer** zum Abschluß ein Beispiel dafür, wie die Minderheiten zu einem „Sauerteig für die Gesellschaft“ werden können. „Wir hatten bei uns im Militär auch einen Jenischen, der seine Zahnbürste nicht nach links ausrichten konnte. Das hat ihn Strafen gekostet, aber diese Strafen haben nichts genützt. Letztlich hat die Vorgangsweise der Vorgesetzten zu einer Solidarität der Wehrmänner mit dem Vertreter der Minderheit geführt.“ Somit hat der jenische Soldat mit dazu beigetragen, sinnlose Regeln und Vorschriften für die Mehrheit klarzumachen: „Denn letztlich wollen

▼ „SALZBURGER GESPRÄCHE“

auch die Schweizer Kinder nicht fünf Stunden sitzen, um auf ein angebliches Manko der Kinder von Roma und Sinti zurückzukommen.“

Ein langer Weg nach Europa

Jurij Jug (Slowenien) faßt als Ausgangspunkt seiner Betrachtungen das Referat von Jörg Wollenberg in einem Satz zusammen: Die Rechte in Europa ist im Vormarsch. Wenn in Rechnung gestellt wird, daß die Deutschen dieselbe Sprache sprechen und dennoch mit solchen Problemen nach der Wiedervereinigung zu kämpfen hatten, dann kann man erst ermessen, wie weit der Weg nach Europa für jene Länder mit verschiedenen Kulturen ist. „Was tut die Linke in Europa, was ist die Aufgabe der Erwachsenenbildung in dieser Situation, was sollte man, was könnte man machen? Tun die Erwachsenenbildner, das, was sie machen, auf die richtige Weise? Vielleicht spricht die Erwachsenenbildung zu sehr den Intellekt an?

Habe ich etwas Besseres zu bieten? Eine neue Aufklärung tut not. Die Erwachsenenbildner selbst sollten die erste Zielgruppe unserer Arbeit sein.“ Eines ist für Jurij Jug sicher: „Wir sprechen an den Teilnehmern vorbei. Es kommt vielleicht an, aber es dringt nicht ins Innere, und keine positiven Aktivitäten sind die Folgen.“ Wenn Jurij Jug eine neue Aufklärung verlangt, dann denkt er nicht an die historische Aufklärung vor 200 Jahren. Sowohl die kritische Rationalität als auch die Emotionen sollen miteingeschlossen werden. Ein ganzheitliches Denken sei gefordert. „Das Resultat ist vielleicht ein neuer Humanismus, damit wir wirksamer in das Geschehen eingreifen könnten.“

Die Situation der Erwachsenenbildung faßt **Melita Cimerman** vom Verband der Volkshochschulen und Arbeiteruniversitäten Sloweniens zusammen. „Der Staat verlangt von uns Geschäftstüchtigkeit. Wir sollen Geld verdienen, denn Subventionen gibt es keine. Im Ministerium wird zwar an einer neuen Gesetzgebung gearbeitet, aber wir haben chaotische Zustände.

Fieberhaft werden neue Modelle gesucht, und wir wissen nicht, wie wir all diese Probleme bewältigen sollen. Wir sind bisher nicht dazu gekommen, uns mit den Fragen der multikulturellen Gesellschaft zu beschäftigen. Das bedeutet nicht, daß das für uns kein Problem wäre, denn es gibt viele Menschen, die von anderen Republiken als Gastarbeiter bei uns arbeiten.“

ARBEITSGRUPPEN BERICHTEN

In drei Arbeitsgruppen wurde das allgemeine Thema der „Salzburger Gespräche“ – „Die multikulturelle Gesellschaft als Herausforderung“ – aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet.

Arbeitsgruppe 1: Institutionelle Voraussetzungen

Die *institutionellen Voraussetzungen* für eine multikulturelle Bildungsarbeit waren das Thema einer Arbeitsgruppe. Welche materiellen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen sind in den einzelnen Ländern zur Erfüllung der sich aus der neuen Völkerwanderung ergebenden Aufgaben vorhanden? Was wäre wünschenswert? (Den Kurzbericht über diese Arbeitsgruppe verfaßte OSR **Karl Kirchmair**, Österreich.) Kurzreferate gaben Anstöße zu intensiven Diskussionen.

Dr. **Volker Otto** (Deutschland) führte aus, daß es in Deutschland etwa sechs Millionen Ausländer/innen gibt, daneben noch gewisse sprachliche und gesellschaftliche Minderheiten, neuerdings noch 5000 Flüchtlinge aus Bosnien und daher die multikulturellen Aspekte an Bedeutung gewinnen. Sie sind in letzter Zeit zu einem Hauptthema in der Erwachsenenbildung geworden.

Volker Otto betont die Wichtigkeit

- der materiellen Voraussetzungen für eine gezielte Arbeit,
- der personellen Voraussetzung (vor allem hauptamtlicher Mitarbeiter/innen und kooperatives Arbeiten) sowie

- der organisatorischen Voraussetzungen, wozu das Vorhandensein von geeigneten Räumlichkeiten und Lehr- und Lernmitteln gehört.

Der Referent verweist auf die *Notwendigkeit von Kontinuität und finanzieller Absicherung anstelle befristeter Projekte*, auf die *laufende Aus- und Weiterbildung des Personals*, besonders in sozialpsychologischer Hinsicht. Hier müssen Volkshochschul-Verbände unterstützend eingreifen und multikulturelle Arbeitshilfen schaffen mit dem Ziel, andersartige Kulturen zu fördern. Ergänzend wurde festgehalten, daß es notwendig und gut sein wird, die zweite Generation von Fremdarbeiter/innen für Bildungsaufgaben ihrer Landsleute zu gewinnen. Im besonderen wären sozialpsychologische Aspekte und Hintergründe der Herkunftsländer zu beachten. Man sollte die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern suchen und auch partnerschaftliche Strukturen einbauen. Der Begriff „Kultur“ sollte auf alle menschlichen Aspekte erweitert werden.

(Das gesamte Referat von Volker Otto ist im „Jahrbuch Volkshochschule 1992“, hrsg. vom Verband Österreichischer Volkshochschulen, Pädagogische Arbeits- und Forschungsstelle, abgedruckt und nachzulesen – Red.)

Japans Multikulturalität

Der Beitrag von Frau **Makoto Yamaguchi** aus Japan befaßte sich

- mit der derzeitigen Situation einer multikulturellen Gesellschaft in Japan,
- mit den Brasilianern japanischer Herkunft und deren Familien in der Stadt Oizumi,
- mit der Bedeutung und Entwicklung von Bildung in einer multikulturellen Gesellschaft und
- mit den Bildungs- und Kulturproblemen einer multikulturellen Gesellschaft.

1990 hatte Japan etwa eine Million Ausländer/innen, das sind 0,8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der größte Teil davon stammt aus Asien (Chinesen und Koreaner), ein kleiner Teil aus



Makoto Yamaguchi (Japan).

Brasilien und Peru. Unter den illegalen Einwander/innen überwiegen Filipinas und Thailänderinnen, die meist als Barhostessen und Prostituierte tätig sind.

Trotz Mindestlohnbestimmungen werden eingewanderte Arbeitskräfte oft unterhalb des Mindestlohns bezahlt. Andererseits liegt dieses Lohnniveau oft weit über den Normen ihrer Heimatländer.

Durch die Änderung der japanischen Einwanderungspolitik im Jahr 1989 wurde es Peruanern und Brasilianern japanischen Ursprungs erleichtert, sich als Arbeitskräfte in Japan aufzuhalten. Die Maßnahmen der Stadt zur Eingliederung dieser Menschen bestanden unter anderem durch japanische Sprachkurse; Einstellen von portugiesisch-sprechendem Personal in der Stadtverwaltung; Beteiligung der Gastarbeiter/innen an Stadtfesten (aktiv!); durch eine Beratungsbroschüre für das tägliche Leben in portugiesischer und japanischer Sprache; durch Meinungsforschung mittels Interviews bei hundert Brasilianer/innen.

Die zunehmende Anlehnung der japanischen Politik an die Länder des Westens hatte die Diskriminierung anderer asiatischer Völker zur Folge.

Solche diskriminierende Verhaltensweisen, die auch auf Rassenhaß basieren, müssen abgebaut werden. Das soll durch gezielte Bildungsarbeit erreicht werden und durch das Bemühen, Kenntnisse und Erfahrungen der Fremdarbeiter/innen

und deren Familien zum allgemeinen Wohl zu nutzen.

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg begann in Japan 1955. Heute herrscht Knappheit an Arbeitskräften, was zu starker Mechanisierung und Beschäftigung von älteren Arbeitskräften und Fremdarbeiter/innen führte.

Abschließend stelle Frau Yamaguchi fest, daß die weltweit ungleichmäßige Verteilung von Reichtum und Gütern eine Art von Gewalt darstellt.

Ungarn – Europa im kleinen

Dr. **Pal Soós** stellte die ungarische Situation dar. Die entwickelte „Wohlstands“-Gesellschaft liefert uns verschiedene Beispiele von Vor- und Nachteilen auf sozialem und kulturellem Gebiet. Aus ungarischer Perspektive müßte der Weg für eine künftige gemeinsame Entwicklung gefunden und festgelegt werden.

Ungarn hat in seiner Geschichte immer mehrere Kulturen in sich vereinigt, es ist sozusagen ein Europa im kleinen. Es hat Europa seit jeher gegen östliche Despoten verteidigt. Nach dem Ersten Weltkrieg hat Ungarn zwei Drittel des Staatsgebietes mit Millionen von Ungarn verloren. Auch das Problem der Migranten ist vorhanden. Es kamen Flüchtlinge aus Rumänien und neuerdings aus den südlichen Kriegsgebieten.

Ein in Ausarbeitung befindliches Staatsbürgerschaftsgesetz dürfte das Prinzip eines multikulturellen Staates festschreiben. Den sich daraus ergebenden Fragen hat das sich neu formierende Erwachsenenbildungssystem entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken.

In der anschließenden Diskussion wurde die ungarische Minderheit in der Slowakei angesprochen und mit der Südtirolfrage verglichen. Ein Teilnehmer stellte die Frage, was man unter „multikulturell“ meine, ob es das Festhalten der eigenen Kultur sei oder das viel bequemere Anpassen an die vorherrschende Kultur. Dies wie-

derum löste die Frage aus, was denn geschieht, wenn die dominante Kultur plötzlich als „altes Denken“ abgetan und durch das sogenannte „neue Denken“ verdrängt wird, so wie es in den osteuropäischen Ländern vielfach geschieht.

Schlußgedanke war, daß man die Gunst der Zeit nützen könnte, für Mittel- und Osteuropa die nach den beiden Weltkriegen begangenen Fehler zu korrigieren.

Materielle Voraussetzungen

Die bundesdeutsche „Ideal“-Norm für Volkshochschulen, nämlich daß ein Drittel des Budgets vom Land beziehungsweise Bund, ein Drittel von der jeweiligen Kommune und nur ein Drittel aus den Teilnehmergebühren kommt, ist in anderen Ländern keineswegs verwirklicht. Noch besonders weit von dieser Zielvorstellung entfernt ist man verständlicherweise in den Volkshochschulen der östlichen Nachbarländer und leider auch in Österreich.

Aus Ungarn, der ČSFR, Japan, Deutschland, der Schweiz, aus Schweden, Slowenien und Österreich berichteten Mitglieder der Arbeitsgruppe zu diesem Fragenkomplex.

In den Ländern des ehemaligen Ostblocks ist es wohl so, daß Ansätze der multikulturellen Bildungsarbeit vorhanden sind, aber auf Grund der noch bestehenden alten institutionellen Strukturen und der völlig unzureichenden finanziellen Mittel Umfang und Wirksamkeit in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Bildungsbedürfnis stehen.

In Japan werden Japanische Sprachkurse für Fremdarbeiter/innen aus öffentlichen Mitteln unterstützt und teilweise auch vom Arbeitgeber gefördert.

In der Schweiz werden Bildungsmaßnahmen zur Förderung der einheimischen Kultur vom Bund subventioniert. Allerdings herrscht bei allgemeinbildenden Kursen ein Deckungsverhältnis von 80 Prozent Einnahmen aus Kursgebühren zu 20 Prozent aus öffentlichen Mitteln. Letztere ist auf Dauer zu wenig und sollte angehoben wer-

den. Kurse zur Eingliederung der Fremdarbeiter/innen werden durch Projektmittel des Bundes stärker gefördert.

In Ungarn wurde Bildungsarbeit mit Flüchtlingen vom Staat über Organisationen und Verbände unterstützt, so auch in Schweden, wo Land und Kommunen die Mittel zur Verfügung stellen.

Aus Österreich wurde auf die erfolgreiche Tätigkeit der Volkshochschulen mit ungarischen Flüchtlingen nach 1956 berichtet. Die Integration der Ungarn in Österreich ist geglückt, nicht zuletzt deshalb, weil sie selbst ihren Teil dazu beigetragen haben. In Slowenien wird derzeit nur 0,1 Prozent des Bildungsbudgets für die Erwachsenenbildung (und zwar berufsbegleitend) zur Verfügung gestellt. An einem Erwachsenenbildungs-Gesetz wird gearbeitet. Ein wesentlicher Teil der Bildungsnachfrage dürfte aber weiterhin von marktorientierten Unternehmen gedeckt werden.

Aus Berlin-Steglitz wurde berichtet, daß die Stadt Sondermittel für die Bildungsarbeit bei Ausländern, Aussiedlern und ähnlichen Zielgruppen bereitstellt, zumeist allerdings in Form von befristeten Projektmitteln. Die Volkshochschule Steglitz verwendete 10 Prozent ihres Budgets für die Bildungsarbeit der genannten ethnischen Gruppen. Für eine kontinuierliche Arbeit sind feste Mitarbeiter/innen erforderlich.

Personelle Voraussetzungen

Dr. **Rudi Rohmann** (Deutschland) erhob die Forderung, daß sich bei allen *größeren Volkshochschulen wenigstens eine Person hauptberuflich interkultureller Bildungsarbeit widmen soll*. Bei mittleren oder kleineren Volkshochschulen sollten dies ein oder mehrere Kursleiter/innen tun.

Die Diskutanten stellten fest, daß es notwendig sein wird, zusätzlich eine neue Kategorie von Mitarbeiter/innen zu befassen, die auf partnerschaftlicher Basis mit „freien“ Adressatengruppen und Organisationen multikulturelle Arbeitsmodelle zu entwickeln hätten.

Organisatorische Voraussetzungen

Die Gruppe bekannte sich zu den von Volker Otto dargelegten Thesen. Die Aussprache führte zu Überlegungen, wie man multikulturelle Arbeitsplätze beschreiben könnte – ein in Deutschland – wie es scheint – wenig aussichtsreiches Vorhaben.

Die britische „Race Relations Act“ von 1976 könnte aber als Beispiel dienen, wie ein Rechtsklima entstehen könnte, das Bildungseinrichtungen und ihre Träger dazu verpflichtet, multi- und interkulturell geeignete Richtlinien für den internen Betrieb, einschließlich der Arbeitsplatzbeschreibung, zu schaffen.

Arbeitsgruppe 2: Multikulturelle Programme

Eine zweite Arbeitsgruppe beschäftigte sich vor allem mit *Programmen und laufenden Projekten zur multikulturellen Erziehung und Bildung*. (Die Berichterstattung dieser Gruppe besorgte **Frank Mayer**, Deutschland.)

Zur Diskussion standen

1. Projekte für die Entwicklung von geeigneten Medien,
2. Projekte, die sich direkt mit den betroffenen Gruppen beschäftigen, und
3. ein Projekt, das sich vornehmlich an deutsches Publikum richtet.

Kulturpädagogik für Kinder

Als erstes stellte Dr. **Michaela Ulich** vom Staatsinstitut für Frühpädagogik und Familienforschung München ein Projekt vor, das sich mit der Erstellung von Medienprodukten (Ton-Cassetten und Video-Filme) für Erzieher/innen und Leser/innen von Kindern im Vorschul- und Grundschulalter sowie für die ausländischen und muttersprachlichen Kinder beschäftigt. Dabei wird von einem kulturpädagogischen Ansatz ausgegangen, das heißt, es soll die Neugier und

▼ „SALZBURGER GESPRÄCHE“

Selbstverständlichkeit im Umgang mit anderen gefördert werden. Dabei soll dies nicht durch traditionelles Schullernen (Wissensvermittlung über andere Kulturen) geschehen, sondern durch Hören und Lesen von Geschichten und Märchen. Als Grundlage dienen hierfür Kinderbücher.

In unserer Gruppe konnten wir in zwei Produktionen hineinhören. Auf der Ton-Cassette wird ein deutsch-türkisches Märchen in Form eines Hörspiels erzählt. Einige Akteure sprechen deutsch, andere türkisch, gleichberechtigt nebeneinander, sodaß auch der jeweils andere Sprachteil erraten werden kann. Daher ergibt sich sowohl für deutsche als auch für türkische Kinder ein durchgehender Handlungsstrang. Die Zweisprachigkeit ist hier eine Selbstverständlichkeit und kann so auf die reale Welt übertragen werden. Auch die Wahrnehmung anderer Kulturen und deren Besonderheiten werden wie selbstverständlich aufgenommen und deren Wertschätzung angehoben.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß Kinder mit der Zweisprachigkeit wenig Probleme haben. Kinder sind hier sehr flexibel und können sich auf die verschiedenen Rollen schnell einstellen. Anders sieht es trotz des angebotenen Begleitmaterials für die Pädagog/innen aus, die mit dieser Art interkultureller Arbeit noch Schwierigkeiten hatten (mit interkultureller Arbeit sowieso). Allerdings sind die Medien relativ neu (im Buchhandel zu beziehen, Beltz-Verlag) und daher noch nicht sehr häufig eingesetzt.

Projekt: Vorurteile

Ein weiteres Projekt bezog sich auf die Erstellung von Selbststudienmaterial für Fachbereichs- und Kursleiter/innen in Volkshochschulen beziehungsweise in der Erwachsenenbildung allgemein sowie für Teilnehmer/innen an Bildungsveranstaltungen. Dieses Projekt des *Verbandes Österreichischer Volkshochschulen* (VÖV) stellte Dr. **Wilhelm Filla** vor. Die Entwicklung dieser Materialien findet im Rahmen einer seit Jahren vom Unterrichtsministerium für

Unterricht und Kunst verfolgten Förderungsschiene, dem „Entwicklungsplan für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung“, statt. Unter anderem wurden von den großen Erwachsenenbildungsverbänden zum Grobthema „Kommunikation“ Materialien für die Erwachsenenbildung erstellt. Der Umgang mit Vorurteilen als ein Aspekt von Kommunikation ist Schwerpunkt jener im VÖV entwickelten Materialien. Mit Vorurteilen sind viele Kursleiter/innen und Teilnehmer/innen konfrontiert. Andererseits sind die wenigsten Kursleiter/innen selbst sozialwissenschaftlich so ausgebildet, daß sie die Konfrontation mit diesen Vorurteilen problemlos bewältigen.

Das Anliegen ist daher, Material an die Hand zu geben, um sich in überschaubarer Zeit Kenntnisse sowohl auf wissenschaftlicher Basis als auch im Hinblick auf konkrete Situationen aneignen zu können. Ergänzend werden hierzu auch Seminare angeboten. Das Material selbst ist allerdings erst im Entstehen und etwa Ende 1993 verfügbar.

Interkulturelle Kooperation

Ebenfalls an Multiplikatoren wendet sich das Projekt „Lernen für ein multikulturelles Zusammenleben“, das Dr. **Jurij Jug** (Slowenien) vorstellte. In der Grenzregion Steiermark-Slowenien wird hier der Versuch gemacht, multikulturelles Lernen grenzüberschreitend unter dem Motto „voneinander lernen – miteinander leben“ im Bereich der beruflichen Weiterbildung anzugehen. Gemeinsam beteiligt waren Vertreter von Bildungsinstitutionen beider Länder, um ein Konzept für die Durchführung zweier konkreter Bildungsveranstaltungen im beruflichen Bereich zu erarbeiten. Ein begleitender Arbeitskreis hatte die Aufgabe, die institutionellen Voraussetzungen zu eruieren, den aktuellen Bildungsbedarf festzustellen, die Seminare durchzuplanen, zu dokumentieren und auszuwerten.

Durchgeführt wurden dann zwei Seminare: ein Management-Seminar für Führungskräfte und

ein Didaktik-Seminar für Deutschlehrer/innen. Die radikalen Änderungen in Slowenien hin zur Marktwirtschaft führten dort zu einer erheblichen Unsicherheit über die eigene Wertigkeit (Selbstbewußtsein). Die führte auch zu einer Unsicherheit darüber, was in dieser konkreten Situation vorrangig an Bildungsarbeit notwendig ist.

Durch die sehr offen geführten Gespräche aller Beteiligten konnte erst eine Situation geschaffen werden, die es erlaubte, Bedürfnisse nicht nur allgemein artikulieren zu können, sondern auch zu konkretisieren. Allein die Tatsache, daß auch Österreicher/innen von den Slowenen/innen lernen konnten und können (zum Beispiel Computer, Technikbereich) führte zu einem neuen und angemessenen Selbstbewußtsein, das Voraussetzung dafür ist, daß es ein Geben und Nehmen wird, daß beide Partner gleichberechtigt zu fruchtbarer Zusammenarbeit kommen können. Dies kann am besten bei unmittelbarer Nachbarschaft funktionieren und ist ein gelungenes Beispiel für richtig verstandene Hilfe. Solche Initiativen sollten, wenn sie effizient sein sollen, als dauerhaftes oder zumindest längerfristiges Projekt angelegt sein und nicht an Institutionen, sondern an Personen und Personengruppen gebunden sein.

Münster interkulturell

Dr. **Josef Foschepoth** (Deutschland) stellte eine Initiative vor, die verschiedenste Nationalitäten zusammenführen soll. Dieses Projekt nahm seinen Anfang mit der Planung der 1250-Jahr Feier der Stadt Münster. Münster ist als Universitätsstadt stark auf den Dienstleistungsbereich ausgerichtet. Der Ausländeranteil ist mit rund 5,2 Prozent (16.000) unterdurchschnittlich.

Die Volkshochschule hat die Aufgabe übernommen, in einem Arbeitskreis „Münster interkulturell“ die verschiedensten Ausländergruppen und Initiativen, die sich mit Ausländerarbeit beschäftigen, anzusprechen,

zu koordinieren und geeignete Formen der Zusammenarbeit zu finden.

„Münster interkulturell“ hat sich zum Ziel gesetzt

1. kulturelle Überlebenstechniken (berufliche und politische Bildung, Sprache) anzubieten,
2. die eigene kulturelle Identität zu fördern,
3. die interkulturelle Zusammenarbeit zu intensivieren.

Gerade dieser Punkt ist der problematischste, da in diesem Arbeitskreis sehr unterschiedliche Nationalitäten versammelt sind, mit dementsprechend unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen.

4. Politische Partizipationen sollten im kommunalen Bereich ausgebaut werden.

Die Schwierigkeiten sehen in Münster nicht anders aus als anderswo. Es ist schwierig und nur mit einem hohen personellen und persönlichen Einsatz möglich, die Zielgruppen zu erreichen, anzusprechen und für eine gemeinsame Sache zu motivieren.

Dies geschah im wesentlichen dadurch, daß man den Weg über die Kursleiter/innen bei der Volkshochschule wählte, die Kursteilnehmer/innen und binationale Gesellschaften ansprach sowie multinationale Kulturfeste organisierte. Durch beharrliche Arbeit und ständige Präsenz des hauptamtlichen Koordinators in der Volkshochschule hat sich der Arbeitskreis zusammengefunden und erste Erfolge vorzuweisen.

Obwohl die Feier erst 1993 stattfinden wird, hat es schon eine Vielzahl gemeinsamer (multinationaler) Veranstaltungen mit großem öffentlichen Interesse gegeben. Dies ist schon ein überraschendes Ergebnis, wenn man bedenkt, wie wenig die Gruppen vorher voneinander wußten und wie viele Vorurteile und Animositäten im Vorfeld abgebaut werden mußten.

Die gesamten Aktivitäten sind im Fluß. Es gibt bereits Planungen zu einem „interkulturellen Weiterbildungskongreß“ im kommenden Jahr. Das Projekt selbst ist auf drei Jahre begrenzt, es gibt aber gute Chancen, die Arbeit weiterführen zu können.

Interkulturelle Lernbetreuung

Ein sehr umfangreiches Projekt stellte Mag. **Ingrid Trummer** aus Wien vor.

Ausgangspunkt der „interkulturellen Lernbetreuung“ in Wien ist die Situation an den dortigen Hauptschulen mit sehr hohem Ausländeranteil. Das Arbeitsamt, die Stadt Wien und das „Unterrichtsministerium“ haben Mittel bereitgestellt, um Betreuer/innen zu finanzieren, die nachmittags an den Schulen zwischen den unterschiedlichen Kulturen vermitteln sollen, Sprachunterricht erteilen (in der jeweiligen Muttersprache), Ansprechpartner für Probleme aller Art sind und die Hausaufgaben betreuen.

Die Teams bestehen aus Betreuer/innen mit deutschen und den jeweils dominanten muttersprachlichen Kenntnissen. Die Beteiligung der Schüler/innen erfolgt auf freiwilliger Basis und funktioniert sehr gut. Das liegt insbesondere daran, daß die Eltern vor allem einen Nachhilfeunterricht erwarten. Dies soll nur ein Nebeneffekt sein, der sich aus der Betreuung ohne Druck und durch spielerisches Miteinander ergeben kann. Die Betreuer/innen halten sowohl zu den Lehrer/innen der jeweiligen Schule als auch zu den Eltern Kontakt. Auf diese Weise können für die Kinder, die zumeist in schwierigen familiären Verhältnissen leben, Probleme vielfältigster Art angesprochen und aus dem Weg geräumt werden. Die meisten Kinder lernen zum Beispiel auf Exkursionen erstmals ihre Stadt und deren Einrichtungen kennen und nehmen damit ihre Umwelt ganz anders wahr. Dieses Projekt läuft im Moment noch und erreicht etwa die Hälfte der in Frage kommenden Schüler/innen. Es wurden rund 330 Betreuer/innen für etwa 2500 Schüler/innen eingestellt. Bei vollem Ausbau wären etwa 700 Betreuer/innen nötig.

Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen

Dr. **Rudi Rohlmann** (Deutschland) berichtete von einer Initiative der Stadtverwaltung in

Frankfurt, die Spannungen zwischen verschiedenen Nationen im beruflichen Alltag entschärfen soll. Gerade im Bereich Abfallwirtschaft und Stadtreinigung wird ein hoher Anteil Ausländer/innen beschäftigt, in Frankfurt sind dies 93 Personen. Das Projekt lief in drei Phasen ab und wurde vom Personalrat initiiert.

In der ersten Phase sollten alle Beschäftigten zu Wort kommen: Themen aus der Arbeitswelt, Beziehungen zu Kollegen/innen und Vorgesetzten und so weiter. Die „Teamer“ hatten zu diesem Zeitpunkt lediglich die Aufgabe, zuzuhören und eventuell nachzufragen. Die ausländischen Mitarbeiter/innen artikulieren vor allem ihre Unzufriedenheit über offene und auch verdeckte Ausländerfeindlichkeit, über Benachteiligungen gegenüber den deutschen Arbeitnehmer/innen im täglichen Arbeitseinsatz.

Deutschen Arbeitnehmer/innen waren insbesondere Mängel in der Organisation ein Dorn im Auge. Trotz unterschiedlicher Ausgangslagen war beiderseits die Bereitschaft da, sich zusammenzusetzen und offen für Verbesserungen einzutreten. In dieser zweiten Phase wurden in der Tat organisatorische Verbesserungen erreicht und als Folge auch mehr Verständnis füreinander aufgebracht. Spannungen konnten deutlich reduziert werden und alle gingen offener miteinander um. Es ist allerdings nun nicht so, daß alle auch unterschweligen ausländerfeindlichen Bemerkungen unterbleiben, es ist aber ein bewußterer Umgang mit manchen Vorurteilen spürbar. In der dritten Phase wird ein Bericht erstellt, der in einer der nächsten „Hessischen Blätter“ veröffentlicht wird.



Diskussion in Arbeitsgruppen.

„Gebildete“ als Multiplikator/innen

Zum Schluß berichtete **Heinz Rose** (Deutschland) als ehemaliger Leiter einer Berliner Volkshochschule, von einem Veranstaltungskonzept, das bereits mehr als zwölf Jahre läuft und sich insbesondere an die Mittel- und Oberschicht wendet.

In Vorträgen, aber auch bei Reisen, mit prominenten Zeitzeugen soll die Situation im osteuropäischen Raum transparent gemacht werden. Unter den Referenten/innen waren Persönlichkeiten wie Lew Kopelew, Klaus Bednarz, Vertreter von Solidarnosc, Ingeborg Drewitz. Breite Öffentlichkeit ist gewährleistet durch Hörfunk, Fernsehen und durch die Anwesenheit von Mandatsträgern und wichtigen Persönlichkeiten.

Wie wichtig solche Veranstaltungen für ein „gebildetes“ Publikum sind, zeigen immer wieder „Aha-Erlebnisse“, denn auch das „Bildungsbürgertum“ hat seine Vorurteile und lebt damit ganz gut. Viel schlimmer noch, es hat nicht nur eine Meinung, sondern es macht auch Meinung über seine Publikationen. Insofern kann über diese „Multiplikatoren“ ein größerer Kreis erreicht werden.

Zu sagen ist

Ein kurzes Resümee in der Arbeitsgruppe führte zu vier Schlußfolgerungen:

1. Interkulturelle Arbeit besteht aus Geben und Nehmen. Gegenseitiges Ernstnehmen ist unabdingbare Voraussetzung.
2. Interkulturelle Arbeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn diese hauptamtlich geleistet wird.
3. Daraus folgt, daß Projektarbeit ein ungeeignetes Instrument ist, da sie nicht auf Langfristigkeit angelegt ist. Projekte dienen häufig als Alibi in Situationen fast auswegloser sozialer Verwerfungen.
4. Auch in den Auswanderungsländern entstehen tiefgreifende strukturelle Probleme. Ein

Land ohne Jugend hat keine Zukunft. Daher ist Auswanderung keine Hilfe für diese Länder. Industrienationen werden mehr Augenmerk darauf richten müssen, durch echte Entwicklungshilfe Perspektiven aufzuzeigen.

Arbeitsgruppe 3: Barrieren gegenüber „dem“ Fremden

Mit den verschiedenen innerpersönlichen und organisatorischen Barrieren, die eine Auseinandersetzung mit „dem“ Fremden verhindern, setzte sich die dritte Arbeitsgruppe auseinander. Der Bericht stammt von **Robert Streibel**.

Kurt Meissner (Deutschland) stellt als notwendige Voraussetzung für Volkshochschularbeit eine Klärung der politischen Ziele für eine Gesellschaft dar und verbindet diese aktuellen politischen Probleme mit persönlichen Erlebnissen als Deutscher in der „Nachkriegszeit“: „Die Politiker müssen klar und deutlich gefragt werden, welche Ausländerpolitik betreibt ihr, welche Politik wollt ihr? Wollt ihr Integration, Assimilation, Ausgrenzung? Die Grundtendenz zielt auf Assimilation ab. Oder kurz gesagt: wenn ihr hier fertig seid, dann geht nach Hause. Im Jahr 1938, als ich nach England kam, da wollten wir assimiliert werden, wir wollten nicht mehr unterschieden werden können, und im Jahr 1947 sind mein Kollege und ich in der Schweiz gefüttert und bestaunt worden als Wundertiere, die aus der Hölle kommen. Noch im Jahr 1948 bekam ich, als ich mich in England in einer Sommerschule mit Dramen beschäftigen wollte, zur Antwort: „Ach, sie wollen sich mit Dramen beschäftigen, ich dachte, die Deutschen können nur Heil Hitler sagen.““

„Ansprüchlichkeiten“

Chava Tidhar (Israel) illustriert die Situation ihres Landes an einem Beispiel: Bei einer Bushaltestelle hat sich eine lange Menschenlange gebildet. Ein alter jemenitischer Jude denkt, ihm

würde der Vortritt gelassen, da er der älteste ist. Ein Deutscher will, daß die Schlange in einer Reihe steht, ein Soldat erläutert, daß er dringend in seine Kaserne müsse. Jeder bringt seine Kultur und seine Vorstellungen mit und glaubt im Recht zu sein.

Ella Lutchmayer (London) lebt in einem Stadtteil in London mit rund 400.000 Einwohnern, von denen rund zehn Prozent einer Minderheit zugeordnet werden können. Die Arbeit mit diesen Minderheiten läuft unter dem Titel „continuing education“. Die Kurse werden als „English to speakers of other language“ angekündigt. „Wir sprechen bewußt nicht von Englisch als Zweitsprache, denn bei vielen ist Englisch die dritte oder sogar fünfte Sprache, die diese Menschen lernen.“

In der folgenden Diskussion prägt **Kurt Meissner** den Begriff einer gewissen „Ansprüchlichkeit von Ausländern“, zum Beispiel, wenn diese sich weigern, in ihren eigenen Unterküften Reinigungsdienste zu leisten und dann von der Gemeinde Reinigungsdienste bezahlt werden müßten.

Hans Furrer zeigte sich über die sogenannte Ansprüchlichkeit geschockt. „Früher sprach man von Auffanglager, heute heißt es Empfangszentrum. Es ist Zufall, aber das größte Empfangszentrum in der Schweiz heißt Birkenau. Die Ausländer dürfen diese Durchgangszentren nicht verlassen, sie bekommen fünf Franken pro Tag, und davon müssen sie leben. Asylbewerber dürfen arbeiten, müssen aber alles zurückzahlen, auch die Kleider, die sie vom Roten Kreuz bekommen haben. Vor diesem Hintergrund verstehe ich, daß sich Ausländer weigern, ob man das aber Ansprüchlichkeit nennen kann, würde ich bezweifeln.“

Prägende Geschichte

Wie prägend die Geschichte ist und wie sehr die Geschichte der Institution ihren Umgang mit aktuellen Themen bestimmt, führt **Hans Furrer** anhand der Geschichte der Volkshochschulen

aus. Die Volkshochschulen in der Schweiz wurden nach den Arbeiterunruhen 1918 gegründet, um die Arbeiter zu befrieden. Der Kommandant, der die Arbeiter zusammenschießen ließ, war auch der erste Präsident der Schweizer Volkshochschulen. „Diese Geschichte prägt, daher ist klar, daß es bei uns keine Linken in der Volkshochschule gibt. Wir sind mit unseren eigenen Problemen beschäftigt, mit den Konflikten zwischen den Kantonen und haben keine Zeit, uns mit Ausländern zu beschäftigen.“

Die Wortmeldung von **Adolf Rottstock**, der das Gespräch auf die Situation der Roma in seinem Heimatland Tschechoslowakei brachte, veranlaßte eine Reihe von Diskutanten, die Realität der Roma in anderen Ländern zu beleuchten. „Vor dem Gesetz sind sie gleichgestellt, die Gesellschaft hat es aber nicht verstanden, sie zu integrieren, weder ökonomisch noch kulturell. Die Bevölkerung empfindet sie als Ausländer. Nach der Revolution hieß es: Wir haben Freiheit und Demokratie, jetzt können wir machen, was wir wollen. Jetzt gibt es aber eine Menge von Taschendieben. Das ist unsere Freiheit.“

Für Österreich zeigt **Manfred Schindler** die Entwicklung des Verhältnisses der Mehrheit zu den Roma und Sinti, die lange Jahre überhaupt kein Selbstverständnis hatten. „Sie waren als Roma nicht existent, die Vereine und Interessenvertretungen sind erst einige Jahre alt. Eine Entsprechung findet dies in der Tatsache, daß in Österreich die Sinti und Roma auch nicht als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt wurden.“

Hans Furrer bringt als Beispiel für die Schweiz das Schicksal der Jenischen, der „Fahrenden“. „Bis in die fünfziger Jahre wurden den Jenischen die Kinder weggenommen; es hat sich um 12.000 Kinder gehandelt. Bis heute dürfen die Betroffenen nicht erfahren, von wem sie abstammen. Bis heute hat sich Pro Juventute, die Organisation, die den Kindesraub organisiert hatte, nicht entschuldigt. Wie es der Zufall will, war ein Mitarbeiter dieser Organisation auch im nationalsozialistischen Deutschland in einem Institut für Rassenreinheit beschäftigt.“



Gruppenarbeit.

Für **Joachim Meisner** aus Kattowitz ist das Thema bereits durch seine Herkunft interessant: „Kattowitz ist auch Grenzgebiet, und daher wurde ich früh mit nationalen Ideen konfrontiert. Polen soll jetzt ein neuer Konfessionsstaat werden, ein neuer Fundamentalismus aus Polen soll Europa bekehren. Das ist ein neuer Kreuzzug nach außen und innen. Ich hoffe, das Seminar wird mir helfen zu verstehen, warum wir immer eine ‚Sau‘ brauchen, auf die wir hinabschauen.“

In der Folge kreist die Diskussion um die Formen der Vermittlung des Themas in der praktischen Bildungsarbeit und die Frage, ob die finanziellen Mittel dafür aufgebracht werden können. **Anton Szanya** (Österreich) verlangt andere Formen der Vermittlung in der Volkshochschule. „Ein Jahreskurs zur europäischen Integration wird nichts nutzen und nicht besucht werden. Die Volkshochschule muß Großveranstaltungen aufziehen, zum Beispiel Symposien in Palais – denn von verschiedenen privaten Organisationen wird das bereits praktiziert.“ **Jörg Wollenberg** ist diese Form der Umsetzung „zu eng“, er plädiert hingegen für „offene Formen“, in denen auch die Festkultur einen Platz habe. „Wir müssen nicht nur die Köpfe erobern, sondern auch die Herzen, hat schon Otto Bauer gesagt.“

Die Grenzen der Bildungsarbeit

Als Reaktion auf die aktuelle Situation der Flüchtlinge genügen Bildungsangebote alleine nicht, meint **Ursula Knittler-Lux** (Österreich), die die Notwendigkeit von Patenschaften für Flüchtlingsgruppen ins Spiel bringt, während **Manfred Schindler** die Grenzen der Bildungsarbeit betont: „Bildungsarbeit muß unterstützen, Spenden alleine genügen nicht.“ Aufklärungsarbeit müsse geleistet werden. „Es gibt zwei Tendenzen in der Erwachsenenbildung. Die Verbindung von Kulturarbeit, Festkultur und Bildung. Und dann die verstärkte Hinwendung zur Projektarbeit. Diese beiden Tendenzen in der Bildungsarbeit müssen theoretisch und praktisch ausgefeilt werden.“

Auf die von verschiedenen Diskutanten geäußerte Notwendigkeit, mehr Geld für Bildungsprojekte zu verlangen und zu bekommen, setzt **Wollenberg** einen anderen Schwerpunkt, wenn er das Problem nicht im Geld, sondern in der mangelnden Professionalität der Arbeit der Volkshochschulen sieht. „Wir stoßen an die Grenzen mit unseren Mitarbeitern. Höhere Sensibilität und höhere Kommunikationsfähigkeit sind notwendig. Wir sind hilflos – wir müßten

▼ „SALZBURGER GESPRÄCHE“

tausende Projekte beginnen. Wie schaffen wir es, andere Mitarbeiter auszubilden? Das ist auch eine Frage der Politik der Verbände.“

Geldprobleme bestimmen ebenfalls die Arbeit von **Rifka Pinnes** (Israel): „Wir streiten nicht um Programme, sondern um Geldmittel. Eine bedeutende Rolle im Bildungsprozeß spielt bei uns das Fernsehen. Wir haben Programme für Soldaten, die sehr ungewandt in der Schrift sind. Die Soldaten sind zwar Soldaten, aber eigentlich sind sie Schüler. Wir haben Programme für Großmütter, die nie Zeit gehabt habe, um schreiben und lesen zu lernen. Bei unseren Bildungsprogrammen haben wir aber übersehen, daß zum Beispiel die russischen Juden nicht via Fernsehen lernen wollen, denn was sie im Fernsehen hörten, war Propaganda und wurde nicht ernstgenommen. Insgesamt haben wir rund zwanzig Zielgruppen, die via Fernsehen unterrichtet werden.“

Zum letzten Mal in Rif

Mit den Berichten aus den drei Arbeitsgruppen im Plenum endeten die „35. internationalen Salzburger Gespräche“.

Der seit 35 Jahren traditionelle Seminarort, das Bildungszentrum des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen „Haus Rif“, wurde zum letzten Mal für diese Veranstaltung in Anspruch genommen. ▼

Liste der Teilnehmer/innen

Dr. Josef *Agocs*, Fachsekretär in der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse (TIT), Salgótarján, Ungarn.

Dipl.-Päd. Petra *Baß*, Bereichsleiterin, Bildungsreferentin beim Kolpingbildungswerk, Arnsberg, Deutschland.

PHDr. Lubos *Chaloupka*, Vorsitzender der Comenius-Akademie, Prag, ČSFR.

Melita *Cimerman*, Direktorin der Volkshochschule Maribor, Vorsitzende des Verbandes Slowenischer Volkshochschulen, Slowenien.

Janez *Dekleva*, Verband Slowenischer Volkshochschulen, Ljubljana, Slowenien.

Ana-Nuša *Dragan*, Head of video department in the Ministry of Education and Sport, Ljubljana, Slowenien.

Prof. Dr. Zoltán *Ferenczi*, Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, Mosonmagyaróvár, Ungarn.

Dr. Wilhelm *Filla*, Generalsekretär des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Wien, Österreich.

OSR i. R. HR Mag. Dr. Karl *Foltinek*, Vorsitzender der Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus, Bildungszentrum Aktiv, Wien, Österreich.

Dr. Josef *Foschepoth*, Volkshochschuldirektor, Münster, Deutschland.

Prof. Dr. Jan *Fritz*, Dozent und Leiter in der Erwachsenenbildung, Präsident der Gesellschaft für internationale Kontakte in Prag, ČSFR.

BM a. D. Prof. Gertrude *Fröhlich-Sandner*, Präsidentin des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Wien, Österreich.

Dr. Hans *Furrer*, Geschäftsführer der Berner Konferenz für Erwachsenenbildung, Projektleiter für die Erwachsenenbildung Behinderter, Bern, Schweiz.

Elisavet *Gangov*, Member of the Execut Bureau of the Society of Spread of Knowledge, Pazadjik, Bulgarien.

Brian *Hambidge*, Organisator für Erwachsenenbildung, Nottingham, Großbritannien.

Dr. Anneliese *Heilinger*, pädagogisch-wissenschaftliche Mitarbeiterin des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Wien, Österreich.

Prof. Dr. Urs *Hochstrasser*, Präsident des Berner Volkshochschul-Verbandes, Bern, Schweiz.

Mag. Hubert *Hummer*, Direktor der Volkshochschule Linz, Österreich.

Dr. Jurij *Jug*, Lehrstuhl für Erwachsenenbildung an der Universität Maribor/Kranj, Slowenien.

OSR Karl *Kirchmair*, Leiter der Volkshochschule Seefeld, Österreich.

Dr. Anna Maria *Klementz-Szalafainé*, Dozentin für Politologie, Volkshochschulsekretärin, Dunaújváros, Ungarn.

Ella *Lutchmayer*, Centre Manager – Continuing, Education and Training, Service – Croydon, Großbritannien.

Frank *Mayer*, Fachbereichsleiter für berufliche Fortbildung, Volkshochschule Reuttligen, Deutschland.

HR Mag. Wilhelm *Mazek*, Leiter der Volkshochschule Zwettl, Österreich.

Prof. Dr. Joachim *Meisner*, Vorsitzender des Wojewodschaftsvorstandes Katowice, Mitglied des Präsidiums des Hauptvorstandes Warschau, Katowice, Polen.

Prof. Dr. Kurt *Meissner*, Direktor i. R. der Volkshochschule Hamburg, Professor für Erwachsenenbildung, Deutschland.

W. John *Morgan*, Director of Research Centre, Nottingham, Großbritannien.

Ester *Možina-Galić*, Researcher on Projekt (literacy – functional illiteracy of adults), Ljubljana, Slowenien.

Prof. Dr. Hermann J. *Müller M. A.*, Lehrstuhl für Weiterbildung an der Bergischen Universität – Gesamthochschule Wuppertal, Deutschland.

Monika *Oels*, Volkshochschuldirektorin, Berlin Steglitz, Deutschland.

Ali Mohamed *Osman*, Student, Linköping, Schweden.

Dr. Volker *Otto*, Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Bonn, Deutschland.

Rivka *Pinnes*, Leiterin der Abteilung für Erwachsenenbildung beim IETV (Israel Education Television), Tel Aviv, Israel.

Agnes *Pörtl-Herbai*, Koordinatorin im Deutschen Volkshochschul-Verband – Büro Budapest, Ungarn.

Detlef *Rademeier*, Landesgeschäftsführer im Urania-Landesverband Sachsen-Anhalt e. V., Magdeburg, Deutschland.

Emil *Rado*, Senior Lecturer in charge of Equal Opportunities Programme, Glasgow, Großbritannien.

Prof. Dr. Andor *Richnovszky*, Professor an der Pädagogischen Hochschule, Baja, Ungarn.

Dr. Rudi *Rohlmann*, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Frankfurt/Main, Deutschland.

Dir. i. R. Karl Heinz *Rose*, Volkshochschuldirektor im Ruhestand, Dozent für Zeitgeschichte, Berlin, Deutschland.

Adolf *Rottstock*, leitender Lehrer der staatlichen Sprachenschule Prag, verantwortlich für den Bereich Übersetzer/Dolmetscherkurse, Prag, ČSFR.

Květoslava *Ryslová*, Deutschlehrerin an der staatlichen Fremdsprachenschule, Prag, ČSFR.

Dr. Sieglinde *Schabus*, Leiterin der Volkshochschule Favoriten, Wien, Österreich.

Manfred *Schindler*, Direktor der Volkshochschule Hietzing, Wien, Österreich.

Dr. Aaron Arthur *Seidenberg*, Director of the Beit Berl College, Kfar Saba, Israel.

Keith *Slater*, Mitglied des Managementteams mit der Verantwortung für die Erwachsenenbildung des Bournville College, Birmingham, Großbritannien.

Dr. Pál *Soós*, Professor des Lehrstuhls für Kulturwissenschaft und Erwachsenenbildung, Debrecen, Ungarn.

Regina *Stadler*, Mitarbeiterin in der Erwachsenenbildung, Sprachbereich Englisch, Linz, Österreich.

Dr. Robert *Streibel*, Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Verband Wiener Volksbildung, Wien, Österreich.

Weny *Stubbs*, Senior Lecturer in Tourism and Marketing, Hereford, Großbritannien.

Prof. Dr. Erzsébet *Szála-Alpár*, Leiterin des Lehrstuhls für Erwachsenenbildung an der Pädagogischen Hochschule in Szombathely, Ungarn.

Dr. Anton *Szanya*, Direktor der Volkshochschule Rudolfshaus-Fünfhaus, Bildungszentrum Aktiv, Wien, Österreich.

Dr. Chava E. *Tidhar*, Director of Research and Evaluation at Israel Educational TV (IETV), Ramat Hasharon, Israel.

Mag. Dr. Emmi *Torggler*, Leiterin der Volkshochschule Innsbruck-Hötting, Innsbruck, Österreich.

Terez *Tóth*, Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, Mosonmagyaróvár, Ungarn.

Mag. Ingrid *Trummer*, Direktorin der Volkshochschule Floridsdorf, Wien, Österreich.

Dr. Michaela *Ulich*, Referatsleiterin am Institut für Frühpädagogik und Familienforschung, München, Deutschland.

Jadwiga *Wilant-Mierzwiak*, Direktorin des Wojewodschafts-Vorstands-Büros der Gesellschaft für allgemeine Bildung (TWP) in Katowice, Polen.

Ronald Haig *Wilson*, Volkshochschulleiter i. R., Ehren- und Vorstandsmitglied des Britischen Volkshochschulverbandes, Stockport, Großbritannien.

Prof. Dr. Jörg *Wollenberg*, Direktor des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg, Deutschland.

Prof. Tomizo *Yamaguchi*, Gunma National University, Maebashi, Japan.

Prof. Makoto *Yamaguchi*, Ryutsu Keizai University, Kouson City, Japan.

▼ „BIOGRAPHIZITÄT“

Seminarleitung

Dr. Ursula *Knittler-Lux*, Zentralsekretärin des Verbandes Wiener Volksbildung, Österreich.

Dr. Erich *Leichtenmüller*, Kulturverwaltungsdirektor der Stadt Linz i. R.; Vorsitzender des Pädagogischen Ausschusses und Mitglied des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Linz, Österreich.

Dr. Ewald *Presker*, Pädagogischer Leiter der Volkshochschule Graz, Österreich.

Referent

Nationalratspräsident Dr. Heinz *Fischer*.

Dolmetscherinnen

Dipl.-Dolm. Gerhild *Heissel*, Anthering, Österreich.

Mag. Angelika *Peaston*, Graz, Österreich.

Dipl.-Dolm. Silvia *Stöcklökner*, Wien, Österreich.

RUDOLF EGGER

„BIOGRAPHIZITÄT“

Eine neue Herausforderung für die Erwachsenenbildung?



Der Lebensweg in einer Risikogesellschaft

▼ Wenn wir versuchen, die gegenwärtigen Strukturen unseres Lebens zu beschreiben, so stoßen wir auf eine Vielzahl höchst widersprüchlicher Entwicklungslinien und Phänomene. Das Konzept der Moderne, gespeist aus den Quellen der Aufklärung, forciert in den westlichen Industriestaaten die historisch noch junge Leitidee der individuellen Freiheit zur Gestaltung des Lebens. Die daraus sich entwickelnden Ambivalenzen sind heute deutlich spürbar. Neue diffuse Muster sind den Gewißheiten und Zwängen entwachsen: zunehmende Freiheit, radikale Individualisierung, überzogene Autonomiepostulate auf der einen Seite stehen Phänomene der Orientierungslosigkeit, Bindungsunfähigkeit und globalen Krisen gegenüber. Das Diktat des Diskurses, das diese Entwicklungen noch in gesellschaftlich verantwortlichem Handeln und Tun zusammengehalten hat, wird immer häufiger (vor allem von der

nachwachsenden Generation) aufgekündigt (vgl. dazu die Tendenzen von Jugendstudien, unter anderen Heitmeyer 1992).

Daneben greifen die „Großsysteme“ (Politik, Ökonomie) mit ihrem Bestreben, gesellschaftliche Ordnung herzustellen, immer öfter ins Leere. Schlüsselbegriffe der heutigen Lebensentwürfe sind unter anderem Selbstverwirklichung, Emanzipation, Eigenverantwortlichkeit, Erweiterung von Handlungsspielräumen, Selbstfindung. Damit wird einerseits der individuelle Charakter dieser Konzepte betont, andererseits bezeichnen diese Begriffe auch ein gesellschaftliches Programm, das sozialen Wandel in seiner ambivalenten und paradoxen Eigenart zwischen Autonomie und Orientierungslosigkeit, zwischen Anpassung und Widerstand zeigt.

Im Vergleich mit früheren Jahrhunderten ist uns der „Lebensfaden“ heute dichter geknüpft. Uns ist es gegeben, weit vorausblickend zu leben, ohne ständig befürchten zu müssen, daß dieser Lebensfaden im nächsten Augenblick zerreißt.